

Bildung und Gesundheit: *Systemrelevant und kaputt gespart*

04
2021



Nachlese:
Mittelscharfer
1. Mai

Interview:
Sexueller Missbrauch
in der Schule

Recht:
Verbesserungen für
Berufsschullehrkräfte

Moment mal

Dauerhaft auf der Verliererstraße

Bildungsfinanzierung: Frustrierende Zahlen oder ein Wunschzettel im Sommer

Von Karsten Krüger

Vielen Dank, Prof. Dr. Mechthild Schrooten, für die Studie „Bildungsfinanzierung – Fokus Schule“.* Sie ist in ihren Ergebnissen und Schlussfolgerungen unmissverständlich. Sie müsste allen Bildungspolitiker:innen spätestens jetzt ein mehr als schlechtes Gewissen bereiten. Die Zielzahl des großen Bildungsgipfels 2008 – „zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung investieren“ - wird seit 13 Jahren bei weitem nicht erreicht. Die Finanzierungsbasis des Schulwesens ist zuletzt sogar tendenziell gesunken, obwohl die Beschäftigten immer wieder neue Aufgaben bewältigen müssen. Bei der großen Differenz zwischen „ist“ und „soll“ muss sich der Verdacht aufdrängen, dass die meisten Verantwortlichen das Investitionsziel gar

nicht mehr erreichen wollen. Ein Unding mit fatalen Folgen für alle Bildungsbeteiligten, aber ohne rechtliche Konsequenzen für die Politik.

Das gilt auch und vor allem für das Land Bremen. Die Ausgaben pro Schüler:in sind wie in allen Bundesländern gestiegen, aber der Abstand zu den vergleichbaren Stadtstaaten ist zuletzt noch mal größer geworden. Hamburg gab 2019 ca. 2.500 Euro mehr pro Schüler:in aus, Berlin sogar 3.200 Euro. Ein Unding mit fatalen Folgen vor allem für Benachteiligte in sozial prekären Stadtteilen, aber ohne rechtliche Konsequenzen für die Politik.

Kollegin Schrooten hat auch deshalb Dank verdient, weil sie die Auftraggeberin der Studie, unsere GEW, in die Pflicht nimmt. So heißt eine Schlussfolgerung, dass sich

die Politik (auch die Gewerkschaft) an die systematische Unterfinanzierung des Bildungssektors gewöhnt hat. Aber eine Gewerkschaft, die diese „Gewohnungspolitik“ mehr kritisch-moderat begleitet als wirkungsvoll bekämpft, läuft Gefahr, mitverantwortlich gemacht zu werden. Die Politik muss aus der Komfortzone gedrängt werden, dazu muss auch die GEW neue Wege gehen.

Mechthild Schrooten ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen und Sprecherin der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“.

* Studie als PDF zum Download unter: <https://www.gew.de/bildungsfinanzierung> > Publikationen > Bildungsfinanzierung – Fokus Schule vom 06.05.2021

In-Team

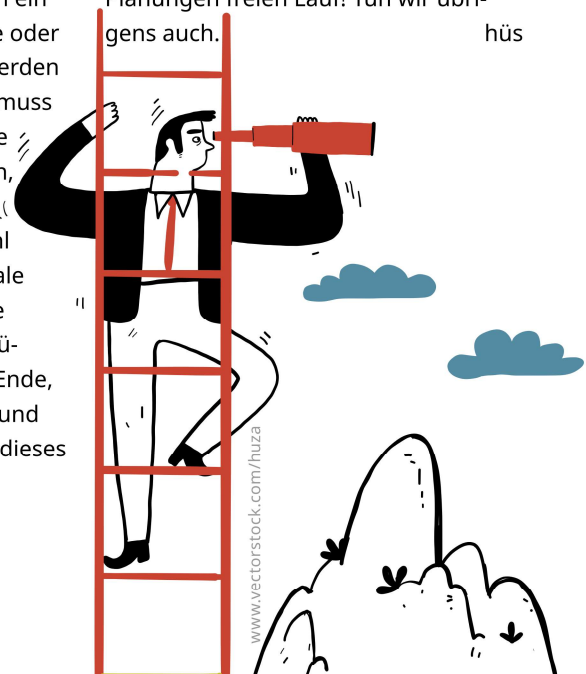
Garten – Impfpass – Aussichten

Wach geküsst werden

Die Redaktion hat sich selbst in Aufruhr versetzt. Beiläufig, ohne Sinn und Verstand, tauchte im bereits zur völligen Gewohnheit etablierten Digitalaustausch die Idee auf, Menschen könnten bald legal von Angesicht zu Angesicht interagieren. Absurd.

Euphorie. Tierschutz. In Windeseile sind neben den Oberarmeinstichen die Wochen gezählt worden, ab wann ein solches Treffen (geplante [private oder offizielle] Begegnung) möglich werden kann: Rund um den Johannistag muss es sein, denn dann lassen sich die Leuchtkäfer, auch Glühwürmchen, in der Abenddämmerung am besten beobachten. Karlo ist wohl nicht dabei, zu jung, aber regionale Spezialitäten wandern auf unsere Teller... Wir schweifen ab und resümieren: Wir sprechen nicht vom Ende, wir sehen der Zukunft entgegen und wünschen den Leser:innen eben dieses

Gefühl, auf einmal und unverhofft wach geküsst zu werden. Lasst den Planungen freien Lauf! Tun wir übrigens auch. hüs



Inhalt

- 2 Moment mal und in-Team**
- 4 Bundesgewerkschaftstag**
- 5 Neuer Bundesschatzmeister**
Nick Strauss
- 6 Urwahl GEW Bremen**
- 7 Haushalt und Spende**
- 8 Nachlese 1. Mai**
Wilfried Meyer
- 9 Zeitlupe: Brief zu Gaza**
Mohammed Altlooli
- Schwerpunkt**
- 10 Vorwort**
Karsten Krüger
- 11 Alle sind relevant**
Wilfried Meyer
- 13 Begriff Systemrelevanz**
Prof. Dr. Gerd Glaeske
- 16 Interview mit Roman Fabian**
Werner Pfau
- 19 Senatorin geht**
Wilfried Meyer
- 20 Verwaltungsangestellte**
Ilona Venus
- 22 Corona in der Kita**
Sarah Querer
- 24 Krankenhausschule**
Karsten Krüger
- 26 Podcast**
Karsten Krüger
- 27 Pädagogische Fachkräfte**
Karsten Krüger



Schwerpunkt

Seite 10–28

Systemrelevante Menschen

- Bildung und Gesellschaft**
- 29 Kinder zeichnen Corona**
Frauke Hellwig
- 30 Kernfragen der GEW, Teil 14**
Bernd Winkelmann
- 34 Foucault und die Ayatollahs**
Werner Pfau
- 37 Interview mit Heiner Keupp**
Katharina Kracht
- Rubriken**
- 40 Recht**
- 42 Partizipative Schulkultur**
Kai Reimers
- 44 Leserbriefe**
- 46 Glückwünsche**
- 47 Aufruf: Neuer Name für die BLZ**
- 48 Bücher und Medien**
- 50 Frischluft**
Wilfried Meyer
- 51 GEW-Termine, Impressum**
- 52 Hinweise und Seminare**

Das Titelseiten-Motiv hat unsere Fotografin Susanne Carstensen gestaltet und fotografiert.

„Die GEW denkt Bildung weiter - über Corona hinaus“

Gewerkschaftstag in Leipzig: Maike Finnern ist unsere neue Vorsitzende.

Von Karsten Krüger



Maike Finnern aus NRW,
unsere neue GEW-Vorsitzende

Pandemie bedingt fand der dreitägige Bundesgewerkschaftstag der GEW erstmals nahezu digital in Leipzig statt. Der Leitantrag „Bildung krisenfest machen“ wurde verabschiedet. 432 Delegierte diskutierten und wählten. Die wichtigste Personalie war die neue Vorsitzende Maike Finnern aus Bielefeld (ausführliche Berichterstattung auch in der E&W).

Hier eine kleine Presseschau zu den Tagen von Leipzig:

Handelsblatt:

Die Aufgabenliste der neuen GEW-Vorsitzenden ist lang. Beim Lehrkräfte-Bashing sind viele schnell dabei: lange Ferien, ab mittags frei und jetzt auch noch der Ärger mit dem Homeschooling. Allzu viele Lehrer hätten es sich im Lockdown bequem gemacht, kritisierte etwa NRW-Vizepräsident Joachim Stamp. „Respektlos“ sei das, sagt Maike Finnern. Kämpfen will die frühere Realschullehrerin, die zuletzt GEW-Landesvorsitzende in NRW war, vor allem für die Chancengleichheit im Bildungssystem. Seit fast 60 Jahren sei Deutschland hier kaum weitergekommen, kritisierte sie. Mit neun Milliarden Euro stütze die Politik die Lufthansa in der Krise, während die Nothilfen für Kitas, Schulen, Ausbildung und Hochschulen nur 7,5 Milliarden Euro umfassten. Das sei „beschämend“. Die rund 280.000 GEW-Mitglieder erwarten aber auch von ihrer neuen Vorsitzenden einiges. Baustellen wie die ungleiche Bezahlung von verbeamteten und angestellten Lehrern, die Aufwertung des Grundschullehreramt oder die durch den Lehrermangel bedingte Überlast bleiben.“

Bayrischer Rundfunk:

Maike Finnern: "Es ist das größte Problem, dass wir es 15 Monate nach Beginn der Pandemie immer noch nicht

geschafft haben, Schulen zum Beispiel mit Luftfiltern auszurüsten. Das können die Kommunen und Schulträger nicht allein machen, das überfordert die Haushalte." Finnern geht davon aus, dass es keine monatelangen Schulschließungen mehr geben wird. Man könne es zwar nicht ganz ausschließen, "wir haben aber eine etwas andere Situation als im letzten Jahr. Die Bereitschaft bei den Beschäftigten in den Schulen, sich impfen zu lassen, ist enorm hoch", betonte die Gewerkschafterin. Sie warnte vor einer Überforderung der Schülerinnen und Schüler nach der langen Corona-Pause. "Es kann nicht im Vordergrund stehen, jetzt Klassenarbeiten zu schreiben und Leistungs-Überprüfungen abzunehmen."

Neue Westfälische Zeitung:

Maike Finnern aus Bielefeld will sich für mehr Investitionen an Schulen einsetzen und die grundlose Befristung von Lehrenden abschaffen lassen. Ihre künftige Aufgabe werde nun unter anderem sein, die Bundesländer darauf aufmerksam zu machen, dass sie die jetzige Phase bis zum kommenden Schuljahr nutzen müssen, um in Schulen zu investieren. Und das nicht nur in Luftfilteranlagen, sondern auch in Heizungen, Waschbecken und Fenster, die sich öffnen lassen. In ihrer neuen Führungsrolle möchte sie die GEW als Organisation weiter stärken. „Die GEW denkt Bildung weiter, die GEW hat die Aufgabe, die Politik zu verpflichten, Bildung weiterzudenken – über die Corona-Krise hinaus.“

Der neue achtköpfige GEW-Vorstand:

- Vorsitz > **Maike Finnern**
- Stellvertretung > **Andreas Keller**
- Finanzen > **Nick Strauss, Bremerhaven**
(lest dazu gerne auch Seite 5 gegenüber)
- Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik > **Frauke Gützkow**
- Tarif- und Beamtenpolitik > **Daniel Merbitz**
- Jugendhilfe und Sozialarbeit > **Doreen Siebernik**
- Schule > **Anja Bensinger-Stolze**
- Hochschule und Forschung > **Andreas Keller**
- Berufliche Bildung und Weiterbildung > **Ralf Wilhelm Becker**

„Die Streikkasse muss immer gut gefüllt sein“

Nick Strauss ist neuer GEW-Bundesschatzmeister. In Kampfabstimmung durchgesetzt.

Von Karsten Krüger



Nick Strauss aus Bremerhaven, unser neuer GEW-Bundesschatzmeister

Mit „Schockfaktoren“ (Nick) oder schnell wechselnden Begebenheiten kennt sich Nick Strauss bestens aus. „Innerhalb von 60 Stunden bin ich damals im Jahr 2006 von Londoner Eastend in Deutschland angekommen und stand als Lehrer vor einer 8. Klasse in Bremerhaven-Lehe. 15 Jahre später bin ich innerhalb von 60 Stunden nach Leipzig gefahren und hatte die Hoffnung im Gepäck, mit ausreichend Stimmen Bundesschatzmeister der GEW zu werden. Beides hat geklappt. Unser Schatzmeister (GEW Land Bremen) ist in Sachsen von den Delegierten des 29. Gewerkschaftstages in den Geschäftsführenden Vorstand unserer Bildungs-

„In einer kraftvollen und unabhängigen Basis sehe ich unsere Stärke. Besonders durch Tarifikämpfe wachsen wir.“

gewerkschaft gewählt worden. Dort leitet er in den nächsten vier Jahren den Vorstandsbereich Finanzen.

Satte Mehrheit

Um den Posten hatte sich auch Hans Maziol aus Baden-Württemberg beworben. Die Abstimmung verlief äußerst spannend.

Im ersten Wahlgang konnte sich keiner klar durchsetzen. Kurz vor der zweiten Abstimmung zog Hans zurück. Danach entschied sich eine satte Mehrheit (61,8 Prozent) für Nick. „Die demokratische und Streitvolle Debattenkultur in Bremen hat mir geholfen, mich gut zu behaupten.“ Herzliche Glückwünsche dazu hat er schon viele bekommen und jetzt auch schriftlich von der BLZ-Redaktion.

Inklusion und Internationales

Nick hat in Leipzig ein Zehn-Punkte-Plan für sein erstes Amtsjahr präsentiert. „In einer kraftvollen und unabhängigen Basis sehe ich unsere Stärke. Besonders durch Tarifikämpfe wachsen wir. Deswegen ist es richtig, die Beiträge zugunsten des Kampffonds, der Streikkasse der GEW,

zu erhöhen“, sagte er in seiner Bewerbungsrede. „Nun kommt es darauf an, auch von der Bundesebene die Forderung nach mehr Geld für Bildung in den Bundestagswahlkampf einzubringen. Das DGB-Steuerkonzept zeigt, dass dies finanzierbar ist – ebenso wie eine bessere finanzielle Unterstützung der Regionen, die wie Bremen, in der Bildung vor sehr großen Herausforderungen stehen.“ Vor allem die Bereiche Inklusion und Internationalismus will Nick voranbringen.

Erster Erfolg

Nick wird die Finanzen der GEW Bremen noch bis zum Bremischen Gewerkschaftstag im Herbst verantworten, auf dem ein:e Nachfolger:in gewählt wird. Danach wird sein Blick verstärkt nach Frankfurt und auf die kommenden Aufgaben gehen. „Eine gewisse Demut ist wichtig - viele GEWler:innen haben mich nicht gewählt - die muss ich versuchen mitzunehmen. Da habe ich was zu tun!“ Einen ersten Erfolg hat er aber schon verbucht. „Die Rabattkarte für Frankfurter Bäder habe ich schon eingelöst - fünf Mal genutzt in den ersten zwei Wochen!“ ■

Die Geschicke der GEW liegen in ihren Händen

Der neue Bremer Gewerkschaftstag: 87 Delegierte gewählt

Von Karsten Krüger

Der neue Bremische Gewerkschaftstag ist gewählt. Mehr als 1.500 Stimmzettel mussten ausgezählt werden. Die Wahlbeteiligung lag bei 38 Prozent in Bremerhaven und 31 Prozent in Bremen. Vielen Dank an alle, die sich beteiligt haben! Es wurden aus allen Bildungsbereichen insgesamt 87 Delegierte gewählt, 65 aus Bremen, 17 aus Bremerhaven und fünf Ausgleichsmandate wurden gemäß Wahlordnung vergeben. Die Delegierten lenken bis zum Jahr 2025 die Geschicke der größten Interessenorganisation im Bremischen Bildungswesen, analysieren und diskutieren die Lage, bestimmen die politischen Ziele und Aufgaben, setzen die finanziellen Schwerpunkte und wählen natürlich auch.

Das genaue Ergebnis (auch die Nachrücker:innen) sind in den Geschäftsstellen einzusehen.

Die Delegierten aus **Bremen** sind:

Frauen aus dem Bereich Schule

Corinna Genzmer, Barbara Schüll, Anke Wuthe, Martina Andersen, Natascha Mazurski, Denise Robinson, Maria Kejo, Katja Lehmann, Dagmar Reinkensmeier, Maïke Rullkötter, Ina von Boetticher, Astrid Radzun, Frauke Toppe, Petra Lenz, Monika Eichmann, Inga Böger, Karen Helmers, Katharina Schönenbach, Sibylle Wohlfeil, Getrud Büter, Alexandra Aziz, Wiebke Klose, Maïke Ulrich, Anna Faethe, Ellen Keller.

Männer aus dem Bereich Schule

Paul Tiedemann, Emin Akbas, Burghard Gerdes, Frank Zylinski, Erich Breiter, Andreas Rabenstein, Zurab Aloian, Ingo Lenz, Kai Reimers.

Bereich Seniorinnen

Yasmina Wöbbekind, Hilke Emig, Marianne Berger, Inge Voigt-Köhler, Christiane Brunßen, Frauke Schüdde-Schröter, Sabine Faust, Marianne Hausmann, Renate Söncksen.

Bereich Senioren

Helmut Zachau, Jürgen Burger, Arno Armgort, Manfred Sobich, Wilfried Meyer, Wolfgang Bielenberg, Thomas Koball

Bereich Sozialarbeit und Jugendhilfe an Schule

Brigitte Bruns, Evelyn Krusel, Bianca Berger, Dennis Ehmke, Reinhold Schwietz-Mertens

Bereich Sozialarbeit und Jugendhilfe außerschulisch

Cornelia Barth, Heike Schröter, Diiber Senol, Thomas Garz

Bereich Hochschule Forschung

Münewver Azizoglu-Bazan, Ramona Kaufmann, Luisa Marie Feher, Andrea Schäfer, Ralf Streibl, Malte Hesse, Marlin Meier

Bereich Erwachsenen- und Weiterbildung

Caren Emmenecker, Hajo Kuckero

Die Delegierten aus **Bremerhaven** sind:

Frauen aus dem Bereich Schule

Elke Suhr, Ute Möhle, Inga von Hagen, Ulrike Rathjen, Birgit Wetjen, Karin Kufahl, Ina Grieff

Männer aus dem Bereich Schule

Peer Jaschinski, Nick Strauss, Ekkehard Schröter

Bereich Seniorinnen und Senioren

Dorothea Schulz, Ingrid Müller, Bernd Winkelmann, Werner Begoihn

Bereich Sozialarbeit und Jugendhilfe

Susanne Carstensen

Bereich Hochschule Forschung

Thomas Hollands

Bereich Erwachsenen- und Weiterbildung

Melanie Rosenwirth



Enttäuschender Haushaltentwurf 2022/2023

GEW fordert: Koalitionsvereinbarung umsetzen

Von Jan Ströh

Die GEW Bremen fordert die politisch Verantwortlichen auf, dass sie sich an die von ihnen selbst in der Koalitionsvereinbarung formulierten Ziele halten, statt weiter auf Kosten der Zukunftschancen der Schüler:innen und der Gesundheit der Beschäftigten in Schule zu sparen (dazu bitte auch BLZ-Kommentar. Die Ziele der Koalitionsvereinbarung werden klar verfehlt. Mit dem Haushaltsentwurf 2022/2023 werden fast alle vereinbarten Ziele für den Schulbereich auf Eis gelegt. Das hat weitreichende Folgen – gerade auch für die Schüler:innen, die durch soziale Ungerechtigkeit gerade in diesen Zeiten eine besondere Unterstützung erfahren müssten.“ Diesen Haushaltsentwurf und seine Folgen könnten sich Bremen und Bremerhaven mit Blick auf die Zukunft gar nicht leisten: „Alle Schulen stehen jetzt durch Inklusion und Digitalisierung vor neuen Herausforderungen, die nur mit deutlichen Entlastungsschritten bewältigt werden können. Wenn die politisch Verantwortlichen die Schüler:innen

nur als Kostenfaktor, statt als eine wertvolle Ressource für die Zukunft unseres Landes ansehen, in die nun verstärkt investiert werden muss, wird sich das langfristig sehr negativ auswirken.

Vereinbart und gestrichen

Im Doppelhaushalt sollen folgende fest vereinbarte Maßnahmen gestrichen werden: die Doppelbesetzung in Schulen mit hohem Sozialstrukturbedarf (65 Stellen), die Ausweitung der Schulsozialarbeit (35 Stellen), der Ganztagsausbau (40 Stellen), ein Pool an zusätzlichen Verwaltungskräften (14 Stellen) sowie die Anpassung der Besetzung des Landesinstituts für Schule an die erhöhte Referendar:innen-Zahl (5 Stellen). Aufgrund der Zuweisungsrichtlinie wird immerhin die Zahl der Lehrer*innenstellen entsprechend dem Wachstum der Schüler:innenzahl angepasst (120 Stellen 2022 und 100 Stellen 2023). Außerdem werden die Baumaßnahmen weitergeführt. ■

Verbrechen gegen Lehrkräfte

Solidarität mit kolumbianischer Bildungsgewerkschaft

Die Bremer GEW ist auch international solidarisch. Der Landesvorstand hat beschlossen, das Projekt der Asociación de Educadores de Putumayo (ASEP) zur Aufarbeitung der Verbrechen gegen Lehrkräfte und aktive Mitglieder von ASEP mit 2.000 Euro zu unterstützen. Der AK International hatte dies beantragt. Die Anfrage der ASEP, die in einer sehr benachteiligten Region Kolumbiens tätig und Mitglied bei unserer Schwestergewerkschaft FECODE ist, wurde über den Hauptvorstand an uns herangetragen, der über die FECODE und die Angriffe gegen Bildungsgewerkschafter*innen in Kolumbien jüngst berichtet hat. Da es mittlerweile gelungen ist, auch die Friedrich-Ebert-Stiftung vor Ort ins Boot zu holen, ist eine Unterstützung von 2.000 Euro für den Dokumentationsprozess und die Durchführung von Workshops ausreichend. Die Kolleg*innen von ASEP haben Interesse daran, dass über die Aufarbeitung bei uns berichtet wird, sie würden sich auch über einen (Online-)



Die Vereinigung der Pädagogen von Putumayo (Foto: <http://asepp.org/mision.php>)

Austausch freuen. Insofern bestünde grundsätzlich auch die Möglichkeit, ein digitales Treffen im Herbst zu organisieren, wo sie über ihre Arbeit berichten. ■

Gefühlt irgendwie nicht dabei

1. Mai 2021: (M)Eine Meinung

Von *Wilfried Meyer*

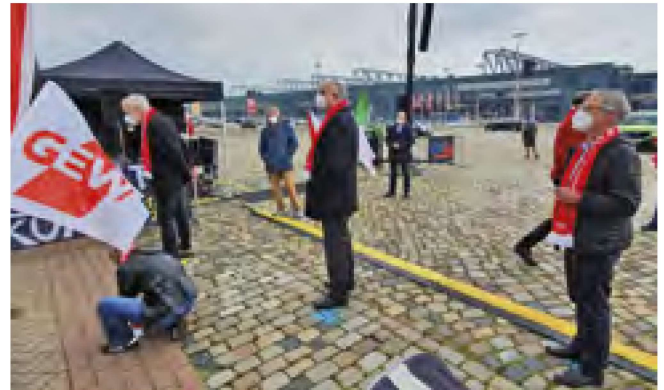
11 Uhr vor dem Impfzentrum der Stadthalle. Geschätzt ein paar hundert, es waren nach butenunbinnen und Weserkurier wohl ca. 420 Gewerkschaftsmitglieder. Das war kläglich. Und der DGB prahlte sogar etwas damit, dass man im Gegensatz zum letzten Mai 2020 sich den Platz „erkämpft“ habe. Warum hat man erstens so wenige Menschen mobilisieren können? Warum hat man sich zweitens nicht getraut, einen Demozug in Gang zu setzen? Diese Frage muss sich eine Gewerkschaft gefallen lassen und sich auch selbst stellen.

Im Regen stehen

Mal abgesehen vom schlechten Wetter: Eine schwunglose, langweilige Veranstaltung, die dann vom Regen aufgelöst wurde. Was ist denn an der Losung unserer Vorsitzenden Marlies Tepe „kämpferisch“: Es ginge jetzt ums „Umverteilen“? Ja wie und was, von oben nach unten oder wie sonst. Und auch inmitten und eingerahmt von Senatorinnen, alten und aktuellen Bürgermeistern, designierter Bildungssenatorin, der Linken Senatorinnen Vogts und Bernhard, konnte bei mir keine kämpferische Stimmung zur Durchsetzung unserer Forderungen aufkommen. Frau Düring des Lobes voll über den Senat, „tolle Arbeit“ in der Pandemie, „tolle Zusammenarbeit“, also eigentlich alles toll, aber gegen was sollte ich denn da noch demonstrieren? Hatte sie sich bei der GEW nicht informiert, dass es zum Beispiel mit der GEW und ihrem Personalrat gar keine Zusammenarbeit gegeben hatte.

Wer mit wem, für was und gegen was?

Auch das Motto hat mir nicht gefallen, war zu unscharf: „Solidarität ist Zukunft“. Zukunft ist auch Solidarität. Ist Solidarität Zukunft? Und gerade dieser Begriff der Solidarität und auch der der Zukunft scheint mir derart überstrapaziert gerade in diesen Coronamonaten. Seid solidarisch, tragt Maske... Wer soll mit wem, wir alle zusammen. Sind das reichste Zehntel der Gesellschaft, welches sich gerade dumm und dusselig verdient, solidarisch mit den neunzig Prozent? Doch im Aufruf des DGB heißt es: „Nur...mit Unternehmen, die ...nicht auf schnelle Profite setzen, wird es uns gelingen, rasch die Krise zu überwinden.“



Drei Bürgermeister ganz vorn!

Zusammen mit denen, die auf langsame Profite setzen? Und wer sind die? Sind das die guten Partner, Sozialpartner?

Mittelscharf oder scharf?

Sind wir nicht gegen Ausbeutung und Profit machen? Wie entsteht der Gewinn denn, wenn nicht durch Arbeitende? Bin ich in der falschen Gewerkschaft? Und warum müssen wir den Senat und Senatorinnen am 1. Mai loben, gab es nicht genügend Punkte, die wir kritisieren müssen und gegen die eine Gewerkschaft sprechen muss. Da klang mir zu viel SPD-Solidarität durch und zu wenig Kritik. Das Lob von Annette Düring meiner Bildungssenatorin zu deren Abgang fand ich schon peinlich. Hat sie wohl die Bildungsmisere in Bremen nicht mitbekommen. Wenig bis nichts Gelungenes, aber nur Lob vom DGB, warum? Es wird wohl so sein, dass die „Sozialpartnerschaft“ zwischen Unternehmen/Regierungen und der Gewerkschaft, das Kämpfen für einen starken „Sozialstaat“, eine scharfe, abgrenzende und interessengeleitete Gewerkschaftskultur und auch Kritik nicht mehr möglich macht. Das bedauere ich zutiefst.

Alternativen?

Die Frage darf erlaubt sein warum beim DGB 420 Mitglieder erscheinen und bei einer alternativen Veranstaltung mit Demo fast das Doppelte an Menschen erscheint. Relativiert man mal deren Rufe nach Kommunismus und Revolution, dann waren viele Aussagen dort durchaus im Sinne der Arbeiter und Angestellten, jedenfalls mit mehr Power und Engagement geäußert. Das Foto drückt die Stimmung beim DGB-Mai ganz gut aus, trostlos. Und das Foto wurde während der Reden gemacht! Unser Redakteur zwischen dem alten und neuen Bürgermeister. Auch das einmalige Hochhalten des geschenkten, roten DGB-Schals hat mir wenig geholfen. ■

In diesem Brief wendet sich der Aktivist des 'Gaza Youth Movement' **Mohammed Altlooli** mit einer Botschaft für Frieden und Koexistenz an europäische Unterstützerinnen und Unterstützer der Palästinenser.

(18.05.2021)

„Liebe Freunde des palästinensischen Volkes,

ich wende mich an Euch in diesen schrecklichen und dunklen Zeiten. Wieder einmal regnen Bomben auf Gaza, meine gequälte Heimat, und ich mache mir Sorgen um das Leben und das Wohlergehen meiner Familie, meiner Freunde und meiner Kollegen. Die Menschen in Gaza leben seit langem in Verzweiflung und Armut und sehnen sich nach einer besseren Zukunft.

Wir, die junge Generation, die aufgewachsen ist, ohne etwas anderes als diese Situation zu kennen, sind diejenigen, die auch den Preis zahlen werden, wenn sich nichts ändert. Ich selbst musste vor einiger Zeit aus Gaza fliehen, weil ich zusammen mit Gleichgesinnten gegen die Herrschaft des Hamas-Regimes protestierte. Wir haben das getan, was Millionen anderer Araber in der Region auch taten: Wir forderten mehr Freiheit und ein Ende von Korruption und Gewalt. Wenn man aber in Gaza seine Stimme gegen das Regime erhebt, wird man unterdrückt und sogar ins Gefängnis gesteckt. Sie fürchten uns, die junge Generation, viel mehr als ihren erklärten Feind Israel, weil sie wissen, dass sie uns nichts anderes zu bieten haben als Zerstörung, Schmerz und Armut.

Wir wollen beides: In Gaza in Freiheit leben und nicht weiter unter der Blockade und Repressionen Israels leiden müssen. Aber unser Leben findet zwischen Hammer und Amboss statt: Wir leiden unter einem intoleranten, repressiven Regime auf der einen Seite und unter der israelischen Einschnürung auf der anderen. Wir haben keine Luft zum Atmen.

Trotzdem wir haben uns der hasserfüllten Propaganda unserer Herrscher widersetzt und als „Gaza Youth Movement“ die Botschaft an die Israelis gesendet: Wir wollen Seite an Seite mit Euch in Frieden leben, aber gleichberechtigt und nicht in einem großen Gefängnis. Wir wollen eine gemeinsame Zukunft mit unseren israelischen Nachbarn und ein Ende des Krieges, des Tötens und des Hasses.

Juden und Araber sind keine Feinde

Tragischerweise wurden diese Hoffnungen letzte Woche erneut zerstört, als der Krieg zwischen der Hamas und der israelischen Armee erneut ausbrach. Wir weigern uns, dies einen Krieg zwischen Palästinensern und Israelis zu nennen. Denn selbst wenn ich die Zerstörung in Gaza sehe, empfinde ich keinen Hass gegen die Bevölkerung Israels. Ich weiß, dass viele Israelis selbst in Angst leben und sich in Schutzräumen verstecken müssen, viele wurden getötet

und verletzt. Das ist nicht mein Krieg, es ist nicht der Krieg derjenigen, die sich wie ich nach einer besseren Zukunft sehnen. Wir sehen die Bilder von Arabern und Juden, die in Haifa, Nazareth und woanders für ein friedliches Zusammenleben und gegen den Hass gerade demonstrieren. Ihr Motto lautet: Juden und Araber sind keine Feinde. (...)

Die Hamas spricht nicht in unserem Namen

Wenn Ihr wirklich Freunde der Palästinenser seid, denkt bitte daran, dass die Hamas uns nicht vertritt; sie spricht gerne in unserem Namen, aber sie tut es in Wahrheit nicht. Wir lehnen es ab, dass sie unsere Stimme sein sollen. Unsere Stimme ist anders: es ist die Stimme des Friedens.

Und dann sehen wir die Demonstrationen in Europa, bei denen leider auch furchtbare Parolen gegen Juden und Israel gerufen werden. Wir hören auf einigen den selben Hass, den wir in den Propagandakanälen der Hamas hören. Wer unser wahrer Freund sein will, sollte nicht so reden! Wir wollen und verdienen solche Freunde nicht! Seit langer Zeit behaupten so viele Menschen, sie seien unsere Freunde, aber in Wirklichkeit geht es ihnen nur um den Hass auf Israel und die Juden. Das ist falsch: es widerspricht unseren Absichten und Überzeugungen und es schadet außerdem der gerechten Sache des palästinensischen Volkes. Wir wollen in Frieden, Würde und Selbstbestimmung Seite an Seite mit den Israelis leben. (...)

Wir brauchen wirkliche Freunde

(...) Bitte demonstriert für uns, erhebt Eure Stimme. Bitte erhebt sie gegen die falsche und zerstörerische Politik der israelischen Regierung. Bitte erhebt Eure Stimme aber auch gegen das, was die Hamas anrichtet.

Bitte stellt Euch auf die Seite des palästinensischen Volkes und unserer gerechten Sache.

Aber bitte tut es nicht gemeinsam mit diesen falschen Freunden.“

Dieser Text wurde übersetzt von Yolanda Rubio.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung aus dem jungle.world-Blog 'Von Tunis nach Teheran.'



Mohammed Altlooli
unterrichtet im
Flüchtlingslager



Wichtige Berufe und die oft fehlende Wertschätzung

Schwerpunkt Systemrelevanz

Von Karsten Krüger

Die Pandemie hat auch in der Arbeitswelt vieles durcheinander gewirbelt. Viele Arbeitnehmer:innen haben ihren Job verloren, andere halten sich mit Nothilfen gerade so über Wasser, wiederum andere haben zwar keine Existenzängste, müssen sich aber weit über das normale Maß engagieren, damit ihre Mitmenschen zum Beispiel gesund werden oder Bildung und Betreuung bekommen. Ihr großer Einsatz in Krankenhäusern und Schulen wird aber nicht immer ausreichend wertschätzt oder bezahlt. Anders formuliert: Gesellschaftlich wichtige Arbeiten und Berufe werden oft unsozial entlohnt. Nur mit dem Etikett „Systemrelevanz“ kann man sich oder seine Familie halt nur schwerlich ernähren.

Aber wer ist überhaupt „systemrelevant“? Sind nicht alle Menschen wichtig? Von welchem System reden wir? Und was hat das alles mit den Bereichen Gesundheit und Bildung zu tun, die wir in diesem Heft stellvertretend für viele andere wichtige Branchen näher untersuchen (lassen). Wie haben sich dort die Arbeitsbedingungen seit März 2020 verändert?

Vor diesem Hintergrund haben wir unsere Autorinnen und Autoren gebeten, die Situation an ihren Arbeitsplätzen zu beschreiben und darzulegen, wie es zu Verbesserungen kommen kann. Ihre Einschätzungen zeigen deutlich auf, wo es im „System“ hakt und was die verantwortlichen Personen in Politik

und Verwaltung tun müssen, um unsoziale und ungerechte Entwicklungen zu beenden.

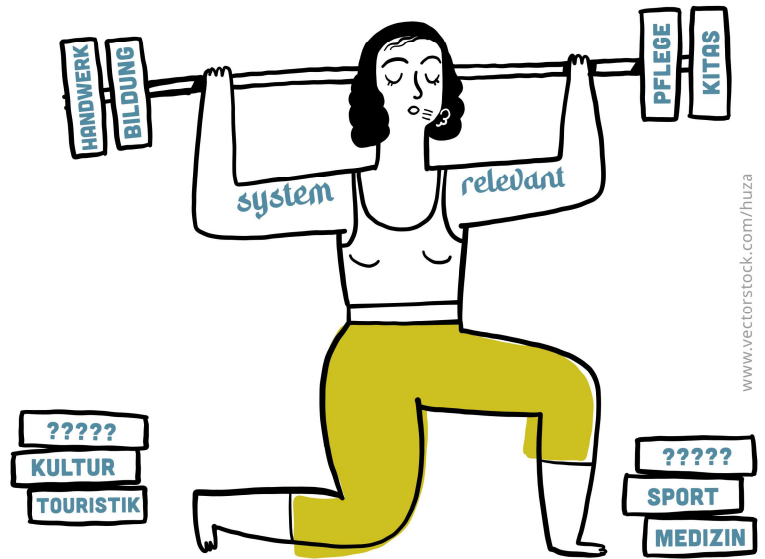
Die Fotoserie zum Schwerpunkt zeigt diesmal Menschen, die alle mindestens drei Mal zu loben sind. Zum einen arbeiten sie in gesellschaftlich wichtigen Berufen, zum anderen haben sie sich spontan von unserer Fotografin Susanne Carstensen in Szene setzen lassen und standen dann sogar für ein Kurzinterview zur Verfügung.

Die Redaktion wünscht viel Spaß beim Lesen und dabei den einen oder anderen Erkenntnisgewinn.

Alle Menschen sind relevant

Ein unscharfer Begriff, viele offene Fragen und ausstehende Aufgaben

Von Wilfried Meyer



Ein ziemlich unscharfer Begriff, weshalb ihn unterschiedliche Gruppen auch jeweils in ihrem Sinn interpretieren können. Oder aber eine Definition wird nicht geleistet. In welchem „System“ befinde ich mich? Wer ist dann in diesem System relevant? Und was bedeutet „relevant“, denn was für die einen relevant ist, muss dies für die anderen noch lange nicht sein. Und der Begriff hat in pandemischen Zeiten sicher eine andere Bedeutung als sonst. Die beklatschten Pflegekräfte, die sich ja aus gewerkschaftlicher Sicht für diese Anerkennung nichts kaufen können, gehören dazu. Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen würden verhindern, dass viele ihren Job aufgeben wollen. Diese Welle der Anerkennung scheint zumindest bei Politikern und teilweise Trägern von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen schon vergessen. Gut, Wahlen stehen an. Da gibt es leichte Verbesserungsversprechungen. Paketzusteller, Essenbringdienste, Corona-Teststellen, Lastkraftwagenfahrer und Schweinezerleger - systemrelevant. Und wir wollen die Spargelstecher, Erdbeerenpflücker, freundlich Erntehelfer genannt, nicht vergessen. Diese machen sich sogar die Mühe aus Bulgarien und Rumänien anzureisen - systemrelevant. Der Frisurladen - geöffnet. Schon vergessen, die Bankenkrise. Banken wurden gerettet, systemrelevant? Heute Lufthansa, Tui... systemrelevant?!

Bauen wertvoller als Lernen?

Kitas, Schulen, Restaurants, Theater, Museen und Musikveranstaltungen, Sport und Fitness ... - verboten bzw. geschlossen. Baumärkte geöffnet, Bauen ist wertvoller als Lernen? Zahlen und Statistiken zu Ansteckungs- und Erkrankungspotenzialen in all diesen Bereichen - weitgehend Fehlanzeige. Nicht geschlossen wurden Lebensmittelgeschäfte und Drogeriemärkte. Ich hatte oft den Eindruck, ich hätte lieber draußen im Restaurant gesessen als beim Einkaufen im Supermarkt bedrängt zu werden. Schulen als Hotspots, ja und nein, überwiegend nein. Für die Kinder systemrelevanter Eltern, für Jugendliche und Beschäftigte in Kitas und Schulen gab es oft nur Notbetreuung. Unsere Forderungen nach Halbgruppen, durchgehend bis Sommer, wurden nicht erhört. Als Folge sind nun Psychologen, Psychotherapeuten, Beratungsstellen sehr systemrelevant.

Große Gehaltsunterschiede

Die Fakten der Arbeitnehmerkammer: „Insgesamt arbeiten im Land Bremen knapp 115.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in systemrelevanten Berufen. 54 Prozent von ihnen sind Frauen. Obwohl das Einkommen in den Berufen der Human- und Zahnmedizin fast 3.000 Euro über dem Mittelwert aller Berufe liegt, sind die Entgelte in vielen systemrelevanten Berufen gering: Fast 31.000

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte beziehen ein mittleres Bruttomonatsentgelt, das über dem Mittelwert von 3.474 Euro liegt, aber mehr als doppelt so viele – nämlich fast 84.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – verdienen (zum Teil deutlich) weniger. Am geringsten sind die Einkommen der Arbeitnehmer*innen, die im Verkauf von Lebensmitteln arbeiten.“ Und hochinteressant, dass die Bezahlung in der Erziehungs- und Sozialarbeit mit 3404 Euro brutto noch unter dem mittleren Monatsgehalt in Bremen von 3474 Euro liegt, ein in der Sparte Redaktion und Journalismus tätiger Mensch erhält 4835 Euro. Am Ende der Statistik liegt die Verkäuferin (Verkauf von Lebensmitteln) mit 1968 Euro. (<https://www.arbeitnehmerkammer.de/politik/wirtschaft-infrastruktur/systemrelevante-berufe.html>) Über das Ranking ließe sich trefflich streiten, dazu wollen wir mit dieser Ausgabe beitragen. Damit das „System“ funktioniert hat, wer auch immer, eine Liste erstellt, die Berufe auflistet, welche eben zum Funktionieren beitragen. Allerdings haben wir lange gesucht, um z.B. die Fußballprofis zu finden, die ja offenbar als relevant eingestuft wurden, denn sie durften ihrem Beruf nachgehen. Brot und Spiele? Aber warum nicht das Theater, die gesamte Kulturbranche?

Nationaler Blick reicht nicht

Es bleiben viele Fragen offen, die un-



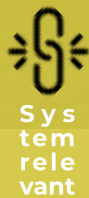
bedingt aufgearbeitet werden müssen. Die Pandemie nur in Deutschland zu betrachten wäre dabei auch zu kurz gegriffen. Schweden zum Beispiel ließ die Schulen geöffnet. Der Sprecher des Zentralelternbeirats (ZEB) in Bremen forderte, „dass wer systemrelevant sein wolle, eine Schippe drauflegen müsse“ und meinte die Lehrkräfte. Ja, geht es noch? Warum gibt es nach 18 Monaten immer noch keine Lüftungsanlagen in allen Schulen?

„Unser Ziel muss sein, Politik zu drängen, die Bedürfnisse der Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft ernst zu nehmen und sich für sie als relevant einzusetzen.“

Warum hinkt Bremen immer anderen Bundesländern hinterher, wenn es um Personal und Ausstattung sowie Räume geht? Das wären doch Felder, die unter dem Stichwort „systemrelevant“ zu beackern wären.

Welches „System“ will die GEW?

Und es muss dringend diskutiert werden, welches „System“ auch wir als GEW-Gewerkschaft haben wollen. Jetzt sah es eher aus wie eine „marktkonforme Pandemie“. Nicht einmal wie eine „marktkonforme



Konflikte und Konfrontation

„Die Aufgaben der Feuerwehr sind vielfältig. Die klassische Brandbekämpfung, dazu diverse Formen der Hilfe- und Dienstleistungen, vor allem der medizinische Rettungsdienst. Alles unverzichtbar. Als Feuerwehr-Personalrat helfe ich meinen Kollegen:innen, dass sich ihre Arbeitsbedingungen verbessern. Und wenn es Konflikte mit der Verwaltung gibt, scheue ich auch nicht die Konfrontation.“

René Dreimann, Feuerwehr Bremerhaven

Foto: Susanne Carstensen



Demokratie“. Was wir brauchen ist eine echte Demokratie, in der jede und jeder, als relevant betrachtet wird. Denn jeder Mensch ist wichtig, da macht doch die Pandemie keine Ausnahme. Und das Gesundheitssystem, nach den Worten der Politiker immer im Vordergrund, müsste dann in unserer Gesellschaft wieder eine andere Bedeutung erlangen und nicht der Dividende untergeordnet sein. Hier schließt das eine das andere aus. Die

Privatisierung kann es nicht leisten, denn warum verlassen Tausende Arbeitskräfte diesen Sektor? Warum gibt es keine Lehrkräfteschwemme? Unser Ziel muss sein, Politik zu drängen, die Bedürfnisse der Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft ernst zu nehmen und sich für sie als relevant einzusetzen. Dafür muss viel Geld in die Hand genommen werden. Es ist auf jeden Fall da, aber sehr ungleich verteilt. ■

Geist und Psyche wurden vernachlässigt

Der Begriff Systemrelevanz in Coronazeiten – und danach?

Von Prof. Dr. Gerd Glaeske

Der Begriff „Systemrelevanz“ wurde in den vergangenen Jahren nur selten in der Öffentlichkeit diskutiert, nicht einmal die Bundestagsdrucksache zur Risikoanalyse der Bevölkerung aus dem Jahre 2012 zum Thema „Pandemie durch Virus Modi-SARS“, mit der nach den Schweine- und Vogelgrippen der vergangenen Jahre eine Art „Drehbuch“ für den Umgang mit einer neuen Pandemie entworfen wurde, enthält den Begriff der „Systemrelevanz“ oder gibt der Politik oder der Öffentlichkeit Hinweise, was damit gemeint ist (<https://dserver.bundestag.de/btd/17/120/1712051.pdf>). Also muss man bei der Diskussion auf allgemeine Interpretationen zurückgreifen, die zunächst einmal nicht im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen. Danach unterscheidet man die Systemrelevanz in der Wirtschaft (Industriebereiche, denen eine Schlüsselrolle für die Stabilität eines Wirtschaftssystems zukommt), die Systemrelevanz für das staatliche Gemeinwesen und die Gesellschaft (Sicherstellung der Versorgung der Bürger, auch wenn Gefahren für bestimmte Gruppen von Menschen oder für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger bestehen) und die Systemrelevanz von Staaten, wenn z.B. ein Zahlungsunfähigkeit eines einzelnen Mitgliedsstaates in einer Staatenunion wie z.B. der EU droht. Letztlich es darum, systemrelevante Einflussgrößen zu identifizieren und damit einer Situation vorzubeugen, die ein System in seiner Stabilität gefährdet.

Systemrelevanz „auf Zuruf“

In den ersten Wochen im März und April 2020 gab es allerdings zum Thema Systemrelevanz eine bespiellose Hinwendung der Politik zu Beratern aus dem Bereich der Virologie, die Medien reagierten (und reagieren derzeit teilweise noch immer) mit einer Diskursverengung, die nur den wissenschaftlichen Ratschlägen dieser Beraterinnen und Berater folgte. Der Schulterschluss zwischen Virologen, Politikern, Medien und auch Bürgerinnen und Bürgern war unübersehbar, vielleicht in diesem Anfangsstadium nachvollziehbar, die Systemrelevanz

wurde praktisch „auf Zuruf“ definiert: Dass das gesamte medizinische Versorgungspersonal dazu gehörte, kann nicht erstaunen, dass auch Polizei, Feuerwehr und Angestellte in Supermärkten dazugehörten und Angestellte in öffentlichen Einrichtungen und im öffentlichen Nah- und Fernverkehr ebenso wenig. Erstaunen konnte am ehesten, welche Berufsgruppen im Zusammenhang mit einer Systemrelevanz nicht genannt wurden: Da ging es im weitesten Sinne um Schauspieler:innen oder Sänger:innen aus dem Bereich Kultur, es ging um Lehrer:innen und Professor:innen in Hochschulen und Universitäten aus dem Bereich Bildung, sowie um Präventionsexperten, die sich um adäquate Maßnahmen zur Eindämmung der „Hotspots“ der Infektionen wie Altenheime und Krankenhäuser oder um gezielte Strategien für ältere, gesunde und rüstige Menschen vorschlagen konnten, um z.B. bestimmte Zeitfenster für deren Einkäufe oder Mittagstische zu vereinbaren, und schließlich um Angehörige psychosozialer Hilfeeinrichtungen, die sich insbesondere um die Menschen kümmern sollten, die unter beengten Bedingungen die Corona-Zeit ihren Alltag verbringen mussten. Dies war umso bedauerlicher, als weder in Theatern noch in Konzertsälen, weder in Kindergärten noch in Schulen, weder in Kinos noch in Buchhandlungen, weder in Restaurants noch auf Spiel- oder Sportplätzen konkrete Hinweise auf eine allgemeine Gefährdung zur Ansteckung mit dem Corona-Virus vorlagen, wenn die AHA-Regeln ausreichend berücksichtigt wurden: **A**bstand halten, **H**ygiene beachten (z.B. konsequentes Händewaschen) und im **A**lltag Maske tragen.



Prof. Dr. Gerd Glaeske,
Universität Bremen



Kreisverband
Bremerhaven e.V.



**Steig ein &
mach mit..!**



Wir unterbrechen Infektionsketten

„Unser Kreisverband ist in die Testungen und die Pandemiebekämpfung involviert. Wir konnten auf diese Weise viele unerkannte und symptomfreie Personen identifizieren und es wurden Infektionsketten unterbrochen. Durch die Arbeit in den Testzentren versuchen wir unsere Mitmenschen zu schützen. Auch umso ein Stück "Alltag" zurückzuerobern. Wir sind ein gemischtes Team, aller Altersklassen, das wunderbar zusammenarbeitet, sehr viel Freude an der Arbeit und Kontakt zu Menschen hat.“

Ines Schneider (rechts) und Nicole Döscher,

Mitarbeiterinnen im Corona-Testzentrum des DRK in Bremerhaven Foto: Susanne Carstensen



„Die Ungleichheit der Bildungs- und Berufschancen von Kindern und Jugendlichen wird dadurch noch weiter verschärft – es wächst eine „Generation Corona“ heran.“

Negative gesellschaftliche Folgen

Insbesondere der Lockdown ab Ende März bis Mitte Juni 2020 war eine Folge dieser eher einseitigen und Beratungen mit einem verengten Blick der in der Sozialpolitik wenig erfahrenen Expertengremien, ergänzt um Bilder aus Italien und Spanien von einer großen Anzahl von Toten, überfüllten Krankenhausstationen und langen Schlangen vor Arztpraxen – ein Szenario, das bei vielen Menschen Panik und Angst erzeugte und sie nur allzu bereit waren, die politischen Entscheidungen über Eingrenzungen im Alltag anzunehmen. Vielfach übersehen wurde nämlich, dass der Lockdown in dieser frühen Phase der Pandemie neben den wirtschaftlichen Folgen (Kurzarbeit, Kündigungen) vor allem Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche (Ausbildungs- und Betreuungsinstitutionen wurden geschlossen, die schon bestehende Ungleichheit zwischen arm und reich wurde zuungunsten der ärmeren Familien weiter verschärft) sowie auf Frauen hatte: Die körperliche Gewalt nahm durch die erzwungenen Aufenthalte in z.T. beengten Wohnungen zu, adäquate Interventionen durch psychosoziale Beratungsteams waren nicht vorgesehen – Frauenhäuser, Gewaltambulanzen für Kinder und Frauen sowie die Frauennotrufzentralen waren überlastet, selbst die personelle Betreuung von Menschen mit körperlichen und geistiger Behinderung wurde untersagt. Das Virus stand im Mittelpunkt aller Aktivitäten und Entscheidungen, unterstützt durch Virologen, die sicher bezüglich der Infektion eine wichtige, wenn auch insgesamt eingeschränkte Rolle spielen sollten. Beratende mit Kompetenzen für gesellschaftliche Empfehlungen kamen jedoch öffentlich kaum zu Wort. Die Systemrelevanz bei den psychischen und körperlichen Leiden, die viele Menschen in dieser Zeit zu ertragen hatte, war einfach kein Thema.

„Generation Corona“

Dies sollte sich rächen, wie wir heute durch einige wenige, aber relevante Studien wissen. Immer mehr Kinder und Jugendliche in Deutschland sind in psychotherapeutischer Behandlung, die Zahlen für die erstmalige Therapie im Jahre 2020 und deren mögliche Verlängerung stieg z.B. bei der BARMER um sechs Prozent auf mehr als 44.000 gegenüber dem Vorjahr an. Mädchen und junge Frauen insbesondere in der Pubertät leiden unter Essstörungen, Jungen und junge Männer berichten über suizidale Gedanken, viele leiden und Depressionen und Ängsten. Die Anzahl von Kindern und Jugendlichen mit ADHS steigt

deutlich an, Ärztinnen und Ärzte berichten über einen Anstieg von 30 Prozent im Zeitraum 15. März 2020 bis 19. Februar 2021 gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr. Insbesondere die Zeit der Pubertät, in der die Ablösung von den Eltern und die Kommunikation mit gleichaltrigen von besonderer und prägender Wichtigkeit ist, um sich in unserer Welt zu erproben, eigene Wege zu finden und erste Erfahrungen mit der Sexualität zu erleben, wurde und wird in Corona-Zeiten durch die Schließung von Begegnungs- und Kommunikationsräumen wie Schulen, Clubs oder Konzerthäusern gestört und oft genug verhindert – die Jugendlichen werden mit Homeschooling oder anderen eher isolierten Aktivitäten beschäftigt. Gerade auch das Homeschooling zeigt die Unterschiede der sozialen Schicht, aus der die Jugendliche kommen: Zwar verfügen zumeist unterschiedslos alle über ein Handy, manche über ein Tablet, aber die auch „notwendige Ausrüstung“ für ein Homeschooling wie ein Drucker und ein PC mit Monitor sind meist nur bei den Kindern und Jugendlichen in sozial besser gestellten Familien in einem eigenen Arbeitszimmer verfügbar. Die Ungleichheit der Bildungs- und Berufschancen von Kindern und Jugendlichen wird dadurch noch weiter verschärft – es wächst eine „Generation Corona“ heran, die sozial schwächer gestellten Kinder und Jugendlichen werden noch weiter „abgehängt“.

Begriff muss ergänzt werden

Die Systemrelevanz muss daher dringend ergänzt werden um diejenigen Berufe, die sich um Bildung, Kommunikation und psychische Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen kümmern. Dies wäre eine wichtige Lehre aus der Pandemie für die Zukunft: Systemrelevante Berufe kommen nicht nur aus dem Bereich der alltäglichen Versorgungs- und Schutzaktivitäten, sondern auch aus den Bereichen Bildung, Kultur und der Versorgung von Psyche und Geist. Dieser Aspekt von Systemrelevanz ist in den letzten Monaten sträflich vernachlässigt worden, es ist höchste Zeit, auch Lehrer:innen, Künstler:innen und psychologisch orientierte Professionen als systemrelevant in solchen Pandemiezeiten einzubinden – schließlich geht es nicht nur um die körperliche Versorgung, sondern auch um die psychische und geistige Voraussetzung für ein gelingendes Leben. Und dieser Aspekt wurde zu lange übersehen – vor allem zum Schaden von Kindern und Jugendlichen. ■

„Die Senatorin sollte sich nicht vom GENO-Vorstand einlullen lassen!“

Interview: Roman Fabian, BR-Vorsitzender des Klinikums Links der Weser, kritisiert die Kürzungspolitik im Gesundheitswesen.

Von Werner Pfau

Seit drei Jahrzehnten ist Roman Fabian als Gewerkschafter aktiv und hat seit vielen Jahren auch den Vorsitz des Betriebsrats im Klinikum links der Weser inne. Er ist bekannt für seine kämpferische Haltung und dafür, dass er Probleme klar benennt. Dies tut er auch im Interview mit der BLZ.

Du bist Mitunterzeichner eines Offenen Briefes, in dem im Frühjahr 2020 aus betriebsrätlicher Sicht die Zustände im Klinikbereich beklagt wurden. Worum ging es?

Die Klinik verkommt immer mehr zur Fabrik. Was geleistet wird, muss sich rechnen und gegenrechnen. Viele Bereiche von Pflege und Behandlung lassen sich so gar nicht erfassen. Das Instrument sind die Fallpauschalen (DRG), die vor Jahren eingeführt wurden. Deren erklärtes Ziel war in Deutschland von vornherein die Bereinigung des 'Marktes': Krankenhäuser sollen vom Netz gehen, übrig bleiben nur noch die im betriebswirtschaftlichen Sinn 'optimierten'. Anstatt die gesundheitliche Versorgung, wie es sinnvoll wäre, politisch zu planen, überlässt man die Entscheidung dem Markt. Um noch ein Gegenbeispiel von früher zu nennen: Das Klinikum links der Weser wurde konzipiert, weil es an der A1 lag und nicht nur einen bestimmten Einzugsbereich abdecken sollte, sondern auch schnelle Versorgung von Unfallopfern bieten. Ein solches gesundheitsstrategisches Herangehen geht heute verloren.

Wie wirken sich die Fallpauschalen aus?

Die Bewertung der verschiedenen Behandlungsformen ist in sog. Katalogen festgehalten. Dort wird etwa eine bestimmte onkologische Behandlung höher eingestuft als eine bestimmte kardiologische. Ändern sich dann die Bewertungen, so gibt es den statistisch nachweisbaren 'Katalogeffekt': Rein zufällig nehmen dann die höher bewerteten Behandlungen zu. Für mich stellt sich die Frage, ob Wertschöpfung damit nicht über dem Patientenwohl steht. Ich jedenfalls trete für die Abschaffung der Fallpauschalen ein.

Welches Modell würdest Du vorschlagen?

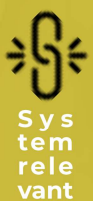
Der tatsächliche Bedarf für eine gute (nicht nur ausreichende) Patent:innenversorgung, mit seinen Personal- und Sachkosten müsste von den Krankenkassen vergütet werden. Und eine gute Bezahlung aller Tarifgruppen wäre nötig, die als Personalentwicklungskosten auch ausfinanziert sein müssten, was bei den DRG nicht der Fall ist. Sonst kommt es zu einer Erosion des Krankenhauswesens, wie sie momentan zu beobachten ist. Von der Reinigungskraft über technisches und medizinisches Personal, Pflegekräfte, alle Zahnradchen leisten ihren unverzichtbaren Beitrag zu diesem 'Uhrwerk', das die Klinik ist. Doch Einsparungen und Outsourcing haben zu Personalmangel, überbordender Leiharbeit und prekären Arbeitsbedingungen geführt.

Und die Folgen für das Personal?

Jeder neue Dienstplan erweist sich heutzutage, sobald er rauskommt, im Grunde als fiktiv. Seine Lücken müssen durch Sonderschichten und Bereitschaftsdienste gestopft werden. Eine normale Lebensplanung für die Beschäftigten ist gar nicht mehr möglich. Die KollegInnen sind vollkommen entnervt, kulturelle Teilhabe, Entspannung im Sportverein – nicht mehr zu machen. Wer psychisch und physisch derart ausgelaugt ist, überlegt sich den Wechsel. Tatsächlich sehen wir eine Abwanderung aus den Kliniken, teils in andere Bereiche, teils in die Leiharbeit, die mittlerweile oftmals bessere Konditionen bietet als eine Festanstellung.

Erstaunlich..

Ja, anfangs war es umgekehrt und eine Strategie von Betriebsräten und gewerkschaftlich Aktiven bestand darin, die KollegInnen in die Stammebelegschaft zu holen. Heutzutage ist es umgekehrt, viele haben als Angestellte bei Leiharbeitsfirmen noch mehr Einfluss auf die Arbeitszeit, den Ablauf des Schichtdienstes u.ä. Sie wollen gar nicht mehr in die Festanstellung, und auch Festangestellte wandern ab. Das ist



System
relevanz

Medikamentenversorgung in den Kliniken sichergestellt

„Meine Kolleginnen und Kollegen der Klinikapotheke des Klinikums Bremerhaven-Reinkenheide und ich stellen die Versorgung von vier Krankenhäusern mit Medikamenten sicher. Wir mussten schnell und flexibel auf schwindende Ressourcen reagieren und haben so z. B. große Mengen Händedesinfektionsmittel und spezielle Infusionslösungen hergestellt. Gemeinsam mit den Ärzten habe ich die Behandlungsstandards für die medikamentöse Therapie der Covid-19-Patienten in unserem Krankenhaus erarbeitet.“

Dr. Matthias Haerting, Apotheker für klinische Pharmazie Foto: Susanne Carstensen



nur eine der Schieflogen in diesem Gesundheitswesen – das alles muss nach der Bundestagswahl angegangen werden.

Wie könnte ein Notprogramm nach der Bundestagswahl gegen die größten Schieflogen aussehen?

Zunächst wäre der Abrechnungsmodus zu ändern. Die Idee der DRG kam aus Australien – dort hat man sie übrigens schon wieder abgeschafft. Sie sind gescheitert. Menschen sind unterschiedlich, und die einzelne Behandlung sollte individuell abgerechnet werden – wobei Grenzen eingezogen werden müssten, um keine unnötige Verlängerung von Klinikaufenthalten zu stimulieren.

Eine gute Gesundheitsversorgung muss der Gesellschaft etwas wert sein. Und die Kolleginnen und Kollegen müssen vernünftig vergütet werden.

Und auf tarifvertraglicher Ebene?

So richtig ich es finde, dass man die Altenpflege durch Sonderzahlungen gewürdigt hat – als Krankenhausvertreter war ich von unserem aktuellen Tarifabschluss doch enttäuscht: Erst wenn auch hier die Gehälter steigen und humane Arbeitsbedingungen geschaffen werden, wird der Fachkräftemangel sinken; er stieg schon vor der Pandemie und wurde durch sie noch einmal verstärkt. Es braucht keine weiteren Untersuchungen, wir haben kein Erkenntnisproblem. Es muss praktisch umgesteuert werden, im Interesse aller! Da muss sich die Arbeitgeberseite bewegen. Und zu allererst müssten die Dienstpläne stabilisiert werden.

Du bist selbst bei einem Betrieb der Gesundheit Nord (GENO) angestellt. Wie stellen sich die Probleme dort dar?

Nun, die Gesundheit Nord ist ja ein kommunales Versorgungsunternehmen, eine GmbH, die zu hundert Prozent vom Land kontrolliert wird. Frau Dreizehnter, Frau Penon und Herr Beekmann bilden die Geschäftsführung und steuern mit einer relativ großen Machtfülle die Krankenhäuser. Wir als Betriebsrat des Klinikums links der Weser sind damit recht unzufrieden. Die Steuerung erfolgt zwar in unterschiedlicher Ausprägung, aber seit 2004 werden wir durchsaniert, trotzdem ändert sich nichts zum Positiven. Früher war noch eher flexibles Reagieren fast in Echtzeit möglich, etwa wenn es um schnelle Entscheidungen ging und sich Leitung und Betriebsrat einig waren. Heute muss das Anliegen erst einmal über die Weser, wird in der Kurfürstenallee bearbeitet, zurückgespiegelt und nach einer Woche bekommt man eine Antwort. Umgekehrt wird von den Kolleginnen und Kollegen flexibles Handeln auf die Sekunde und die Minute erwartet.

Und die strukturellen Probleme?

Die Beschäftigten haben jahrelang ihren Part erfüllt und übererfüllt. Dass dennoch Fehlbeträge aufgehäuft wurden, liegt aus unserer Sicht an Fehlentscheidungen des Managements. Gespart wird natürlich an uns. So warten wir etwa auf die 'Leistungsbezogene Bezahlung' (LoB), welche nach Tarifvertrag ausbezahlt werden müsste. Und aktuell sollen 440 Vollzeitstellen im ärztlichen Bereich abgebaut werden. Auf unsere Frage, wie das im Klinikum links der Weser funktionieren soll, wurde angedeutet, es handele sich um überflüssige Stellen und es werde zu wenig geleistet. Ich kann für unser Haus sagen, dass auch das ärztliche Personal hundertprozentige Leistung bringt! Der Abbau wird einen verschärften Leistungsdruck bei den Verbliebenen bewirken. Die offizielle Darstellung behauptet zwar, die Pflege sei davon nicht betroffen, doch wer auf diesen hanebüchernen Trick hereinfällt, hat nicht verstanden, wie ein Krankenhaus funktioniert: Die zu erbringenden Leistungen werden ja nicht weniger – sie müssen dann eben von denen erbracht werden, die übrig sind, auch von denen in der Pflege.

Wie schätzt du die Rolle des Senats ein?

Senatorin Bernhardt hat bei Amtsantritt, wie schon ihre Vorgängerin, freiwillig die Leitung des Aufsichtsrates der Gesundheit Nord übernommen. Aus meiner Sicht hat sie sich da auf einen ungeliebten Loyalitätskonflikt eingelassen. Sie war gut beraten und hat sich schlecht entschieden. Jetzt steht sie unter dem Einfluss der Leute um die Geschäftsführung und hat sich auf den problematischen Sanierungskurs eingelassen, übrigens auch gegen Widerstand aus der eigenen Partei. Sie hat zu wenig 'Erdung', zu wenig Kontakt mit den Beschäftigten und zum Alltag der Kliniken. Der Beirat Obervieland richtet demnächst einen Runden Tisch ein, wo genau über die Veränderungen an den Standorten beraten werden soll. Ich hoffe, sie wird das Gespräch suchen.

Nehmen wir etwa die Schließung von Klinikteilen, perinatalen und palliativen Kapazitäten, wie es gerade durch die Gazetten ging. Das müsste eigentlich auch vor Ort mit den Beiräten und Betroffenen sowie Personalvertretungen besprochen werden. Es wird über unsere Köpfe hinweg entschieden. Das muss man Frau Dr. Dreizehnter ins Stammbuch schreiben, die in schändlichster Weise Mitbestimmung missachtet. Und die Senatorin sollte sich nicht von der Geschäftsführung einlullen lassen. ■



Roman Fabian

Die Bildungssenatorin geht – obwohl systemrelevant

Auszüge aus der Rücktrittserklärung

Von Wilfried Meyer

Die Entscheidung zum Umgang mit dem strukturellen Defizit des Bildungshaushaltes kann ich nicht mittragen.

Ich war bereit, durch Sparanstrengungen im Ressort einen erheblichen Teil der fehlenden Mittel selbst zu erwirtschaften. Die aus meiner Sicht notwendigen zusätzlichen Mittel sind mir jedoch nicht zugestanden worden. Es konnte nicht einmal Einigkeit erzielt werden, dass es eine strukturelle Unterfinanzierung gibt. Ich werde deshalb das Amt niederlegen. Bis zur Wahl einer Nachfolgerin bzw. eines Nachfolgers werde ich meinen Pflichten nachkommen.

Die erfolgreich angelaufene Reform des bremischen Schulwesens erfordert in den kommenden Jahren weiterhin erhebliche Mittel für die Steigerung der Unterrichtsqualität, die Umsetzung der Bildungsstandards, den Aufbau der Oberschulen, den weiteren Ausbau des ganztägigen Lernens sowie die gewaltige Herausforderung der Inklusion.

Nicht hinreichend ausgestattet

Seit ...hat jedoch eine Reihe von Sparauflagen zu wachsenden finanziellen Engpässen geführt. Die dadurch entstandenen Verzögerungen in der Lehrereinstellung und die folgenden Proteste der Eltern, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sind mir angelastet worden.

Dabei ging es nicht um die Frage, ob ich einen Bildungshaushalt steuern kann, sondern darum, ob der Bildungshaushalt hinreichend ausgestattet ist oder nicht. Aus meiner Sicht ist das, mindestens, was die Inklusion betrifft, nicht der Fall. Der grüne Koalitionspartner vertritt dagegen die Position, der Bildungsetat sei in den vergangenen Jahren mit erheblichen zusätzlichen Mitteln aufgestockt worden, sie reichten für alle Vorhaben, wenn nur sparsam und umsichtig mit ihnen gewirtschaftet werden würde. Diese gegensätzliche Sicht der Dinge ist für mich keine gemeinsame politische Basis für die gemeinsam getragene Umsetzung der Maßnahmen, die aus dem Beschluss des Koalitionsausschusses folgen. Sie hat bereits seit 18 Monaten zu Verzögerungen und Blockaden geführt, die ich nicht aufzulösen vermochte.

Vergifteter Dank

Der Bildungsbereich ist bereits zu Zeiten der Großen Koalition ungeachtet der schlechten PISA-Ergebnisse mehr als gebeutelt worden. Es wurden 1000 Lehrerstellen gekürzt. Bundesweit stand Bremen nach diesen Stellenkürzungen am unteren Ende der Pro-Kopf-Ausgaben je Schüler und Schülerin sowie der Lehrer-Schüler-Relation. ...Verglichen mit den beiden anderen Stadtstaaten

liegen wir jedoch gegenwärtig in allen Kennzahlen deutlich zurück. Ich bedanke mich bei... und meiner Partei, für die Chance, in den vergangenen Jahren für das Land Bremen arbeiten zu dürfen.“

Ja, so sieht es weitgehend immer noch aus in der Bremer Bildungslandschaft. Aber so klar wird sich doch Claudia Bogedan nicht geäußert haben?! Hat sie auch nicht, die Zitate sind acht Jahre alt, aus dem November 2013 - Rücktritt der Senatorin Renate Jürgens-Pieper. ■



www.vectorstock.com/huza

Ohne uns kein normaler Schulalltag

Verwaltungsangestellte leiden unter geringer Wertschätzung

Von Ilona Venus

Warum werden in den Medien beim Thema Schule und Pandemie immer nur SchülerInnen (SuS), Eltern und Lehrkräfte genannt? Gibt es uns nicht? Verwaltungsangestellte an Schulen (VaS) sind wir und werden doch nicht erwähnt. Warum vergisst man uns? Gehören wir nicht dazu? Als dauerpräsenzte Ansprechpartnerinnen sind wir für alle seit Beginn der Pandemie erreichbar. Ob für Behörden, Schulleitung (SL), Lehrkräfte (LK), SuS, Eltern oder sonstige Personen. Es gab und gibt kein Homeoffice für uns. Unsere Arbeit kann man nicht per Laptop mit nach Hause nehmen. Die Dauerpräsenz führt/e zu sehr hohen Kontaktzahlen. Beim Impfen hatten andere Personen Vorrang, trotz der vielen Kontakte. Jede neue Corona-Verordnung verlangte wieder ein Umdenken, Verändern und Erstellen von Listen mit Eingaben die durch die VaS oder durch die Schulleitung erfasst wurden. Leider sind wir keine Nutznießer einer Corona-Prämie geworden.

„Das wäre zu viel für mich“

Im Front- und Backoffice sind wir als Assistenz der Schulleitung bzw. eines Geschäftsbereichs, genauso wie die Vorzimmerdame eines Abteilungsleiters in der Bildungsbehörde anzusehen. Wir sind wichtigstes Bindeglied zwischen



Schule, Eltern, Lehrkräften und Bildungsbehörde. Mit Verfahren und Vorgängen sowie Vorgaben in der Schule und in der Bildungsbehörde sind wir bestens vertraut. VaS haben eine grundsätzliche und qualifizierte Ausbildung vorzuweisen, einige sogar mit Studium sowie langjährigen Berufserfahrungen. Wo bleibt die Akzeptanz unserer Arbeitsplätze? Dazu die schlechte Bezahlung nach TV-L 6. Die EG 6 wurde nach achtjährigem (!) Kampf erreicht. Eine Wertschätzung unserer Arbeit mit TV-L 8 wäre erforderlich. Die Merkmale für diese Eingruppierung erfüllen wir. Uns werden dieser Tarife aber nicht zugestanden, wo wir doch die Schulen ohne diese Merkmale nicht am Laufen halten könnten. „Wie schaffst du das bloß?“, „Das wäre viel zu viel für mich.“ – Sätze, die wir tagtäglich hören.

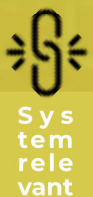
Keine Vertretungsreserve

Unsere Arbeitsplatzbeschreibung stammt aus dem Jahr 2003. Seitdem sind viele neue Aufgaben und Programme hinzugekommen. Geändert wurde nichts. Wir arbeiten mit 14 verschiedenen Programmen bzw. Teilen davon. Wer kann

uns überbieten? Viele Kolleginnen sind älter als 50 Jahre. Das Alter der Mitarbeiter wird in unserem Job nicht berücksichtigt. Zuschüsse für medizinische Hilfsmittel sind eindeutig zu niedrig. Wir schleppen ständig volle Ordner, die Schülerakten werden von Jahr zu Jahr dicker. Es immer mehr Formulare, z.B. für die iPads (neue Zusatzaufgabe). Die Büros sind z. T. so klein, dass Büromaterialien oder Ordner in anderen Räumen gelagert werden müssen. Einige Büros entsprechen nicht den gesetzlichen Vorschriften und sind Durchgangsraum zur SL und SL-Vertretung. Krank werden darf man nicht, da es keine Vertretungen gibt und die Arbeit liegen bleibt.

Wir müssen für alles kämpfen

Für die geleisteten Arbeiten mit den Vorklassen, die seit 2015 mit einer Leistungsprämie vergütet wurden, müssen wir die Bezahlung seit 2019 vor dem Amtsgericht einklagen. Selbst Gerichtsurteile vom Amtsgericht reichten nicht aus, die Bildungsbehörde von unserem erstrittenen Recht zu überzeugen. Unsere Vertretung im PR Schulen hat viel zu wenig Stunden



Hilfen durch das offene Fenster

„In den Zeiten der Einschränkungen war es deutlich aufwendiger, unsere täglichen Aufgaben zu organisieren - wie zum Beispiel Netzwerke knüpfen, Alltagsbeziehungen zu halten oder Seelsorge zu bieten. Aber durch Begegnungen in unserem Garten oder durch das offene Kirchenbürofenster konnten wir einigen Menschen helfen. Die Begleitung von Konfirmanden und Bildungsfreizeiten mussten wir umplanen.“

Bernd Klingbeil-Jahr, Pastor Friedensgemeinde Foto: Susanne Carstensen



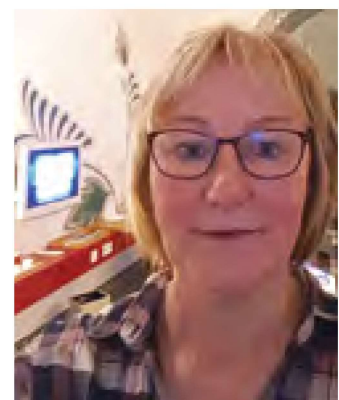
zur Verfügung, um unsere Interessen in vollem Umfang zu vertreten. Wir benötigen eine Vollzeitkraft, die nicht nebenbei noch ein Schulsekretariat leiten muss. Unser PR muss ständig ansprechbar und abrufbereit sein, denn es gibt sehr viele Probleme in den Schulbüros. Warum müssen wir immer um alles kämpfen? Fühlt sich in der Bildungsbehörde niemand für uns verantwortlich – besser gesagt zuständig? Es kann doch nicht sein, dass wir zu keiner Abteilung dazugehören! Man nimmt sich mal unser an, wenn ein Thema aufkommt. In der Bildungsbehörde weiß niemand, was wir eigentlich in den Schulbüros täglich machen. Das ist die Aussage eines Sachbearbeiters.

Zusätzlicher Stress

Im Weser-Kurier stand: Das Kollegium habe ein Gefühl der Überlastung. Das Sekretariat sei unterbesetzt und würde

doch sehr wichtig sein, um Schulleitung und Lehrkräfte zu entlasten. Toll, dass wir auch mal in Erscheinung treten. In den Medien meldete Senatorin Frau Dr. Bogedan: „An allen Schulen wird jedes Kind zwei Mal in der Woche getestet.“ Welche Arbeit und welcher Zeitaufwand damit verbunden sind, das wissen nur wir. Die Schulbüros sehen aus wie Testlabore an der Uni. Seit mehreren Monaten geben wir für alle SuS und dem Personal die Schnelltests aus. Die Büros quellen über und selbst die Räume der Schulleitungen dienen als Lagerfläche für Schnelltests und Masken. In einem großen Gymnasium z.B. werden ca. 2.400 Tests wöchentlich ausgegeben. Der Büroalltag geht währenddessen weiter. Man kommt bis 9.30 Uhr kaum zum Arbeiten, weil ständig SuS und LK nach Tests fragen. Während dieser Stunden kommen wir in Stresssituationen, die gesundheitlich schädlich sind.

Wir sind eindeutig der Meinung: Ja, wir sind systemrelevant! Ohne uns würde so manche Schule den organisatorischen und verwaltungstechnischen Schulalltag nicht stemmen und so gut dastehen, wie sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. ■



Ilona Venus, Verwaltungsangestellte am Kippenberg-Gymnasium

Betroffene besser einbeziehen

Corona in der Kita –
für Kinder, Eltern und Beschäftigte schwierig

Von Sarah Querner



Da war sie nun die Pandemie. Nach zwei Wochen zu Hause wegen Urlaub, musste ich wieder zur Arbeit. Denn ich war „SYSTEMRELEVANT“. Von 120 Kindern durften, bzw. mussten, ganze sieben in die Kita. Auf einmal mussten Behördenfragebögen ausgefüllt werden mit Infos zum eigenen Arbeitsplatz unter Angabe der Arbeitszeiten, das wurde vorher nicht verlangt. Nun gab es das „Platz-Sharing“: wenn ein Kind nur die benötigten zwei Tage kommt, kann ein anderes dafür die andern drei Tage kommen.

Am Anfang entspannt

Am Anfang war alles noch ziemlich entspannt. Man war eigentlich immer vorsichtig, aber entspannt. Die Erzieher:innen wechselten sich komplett ab, so dass alle einmal die sieben Kinder in der Gruppe betreut haben. Von Kohorten war da keine Rede. Und unsere Kinder waren natürlich froh um die Kontakte, die sie brauchen. Vor allem durften sie die ansonsten gesperrten Spielplätze nutzen. Groß war die Freude als alle Kinder nach Monaten wieder zurück in ihre Gruppen durften! Spielplätze wurden unterteilt, denn die Gruppen durften sich nicht mischen. Die Erzieher:innen mussten in ihrer Kohorte bleiben. Krankheitsvertretungen in anderen Gruppen fielen somit aus. Das heißt: Dann mussten die Kinder der betroffenen Gruppe wieder ganz zu Hause bleiben.

Auf und ab - schlecht zu planen

Die Zahlen stiegen erneut und die

Kita machte wieder zu. Die ersten Erzieher:innen fingen an, Mundschutz zu tragen. Die Eltern dürfen nicht mehr in die Räumlichkeiten. Abholung nur über einen Nottreppenaufgang. Einige Eltern kennen bis jetzt, Juni, nicht das Innere der Kita ihres Kindes!

Appell und schlechte Kommunikation

Als es im Dezember plötzlich hieß, es werde an die Eltern appelliert, die Kinder zu Hause zu bespielen und sie nicht zu bringen, halten sich die meisten brav daran. Die Erzieher selbst wussten größtenteils gar nichts davon und waren sehr traurig, ihre Gruppen so plötzlich in die Weihnachtsferien verabschieden zu müssen. Das Problem war, dass die Kita, auch die Leitung, die Neuerungen genau wie wir, meist von „buten un binnen“ erfuhren. Und nicht auf offiziellem Wege, nicht eher und nur ungenau. Die Weihnachtsferien wurden weiter verlängert und im neuen Jahr dann: Kita offen für alle. Ob man sein Kind dann bringt, entscheidet jede und jeder selbst!

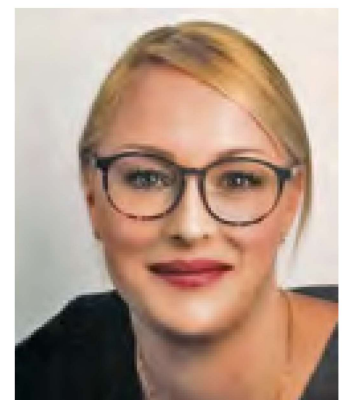
Angst wegen unklarer Situation

Für uns war das zu der Zeit eine komplett andere Situation, denn ich war schwanger und hatte ein Beschäftigungsverbot. Die Wünsche und Gedanken dazu waren sehr widersprüchlich: Ich möchte mein Kind in die Kita bringen. Zum Wohl und nach dem Bedürfnis meiner Tochter! Ich kämpfe aber täglich mit mir. Die Meinungen der Erzieher:innen sind bei einigen zu

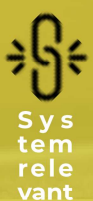
100 Prozent anders als vor den Ferien. Die Angst ist gestiegen. Alle tragen jetzt eine Maske. Es stand immer die Frage im Raum, ob man sein Kind bringen soll oder nicht, obwohl man doch nur kurz vor der Entbindung steht und zu Hause ist.

Eine viel zu hohe Belastung

Wieder kämpft man mit seinem Gewissen. Die meisten bleiben wieder wochenlang zu Hause. Insgesamt für alle Beteiligten, besonders für die Kinder, eine viel zu hohe Belastung. Wir hoffen auf baldige Beendigung dieser leidigen Situation. Die Zukunft wird zeigen, ob durch Mutationen weiterhin Gefahr droht oder nicht. Ein Fazit ist auf jeden Fall: Die bessere Einbeziehung der Betroffenen bleibt eine wesentliche Forderung gegenüber der Behörde. ■



Sarah Querner, Elternsprecherin im Kinder- und Familienzentrum im Viertel



Außer Drogen besorge ich alles

„Sonst kommen unsere Aids-Klienten immer zu uns an den Sielwall, in Pandemiezeiten sind wir zu ihnen nach Hause, zur Staatsanwaltschaft oder nach Oslebshausen ins Gefängnis. Wir haben ihnen mit ihren Papieren oder bei der Eingliederung geholfen. Und überprüfen den Zustand der Wohnungen. Ich bin so eine Art Mädchen für alles bei der Aidshilfe. Ich besorge alles, außer Drogen.“

Pedy Thiede, Mitarbeiterin Aids-Hilfe Foto: Susanne Carstensen



„Wir müssen jetzt stärker differenzieren“

Die Krankenhausschule in Pandemiezeiten: Interview mit Schulleiterin Carmen Bergedick über Systemrelevanz, Schulmeider und Stundenressourcen

Von Karsten Krüger

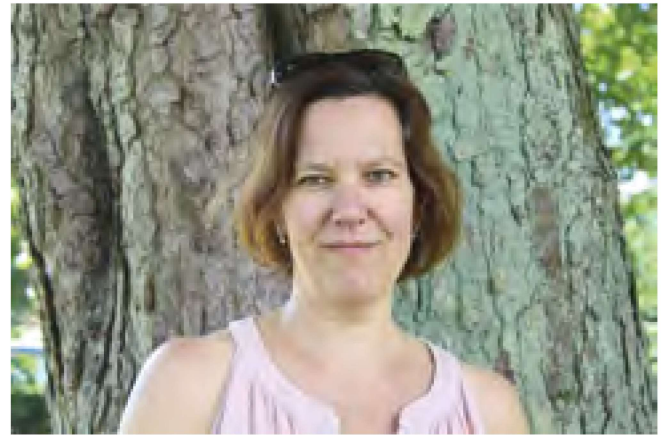
In der Stadt Bremen gibt es seit 1981 Schulunterricht an Kliniken. Insgesamt 22 Lehrer:innen arbeiten an der Schule an der Züricher Straße (umgangssprachlich Krankenhausschule). Sie hat drei Dependancen (Klinikum Bremen-Ost, Kinderkliniken in Bremen-Mitte, Bremen-Nord). Im Bedarfsfall wird Hausunterricht erteilt.

Die Krankenhausschule verbindet Bildung und Gesundheit. Was fällt Ihnen ein, wenn Sie an Systemrelevanz denken?

Carmen Bergedick: Ja, wir sind relevant in beiden Bereichen. Das ist unser Alltag, erkrankten Kindern das Recht auf Bildung und Unterricht zukommen zu lassen. Manchmal klappt das gut, manchmal ist das schwierig, weil Bildung und Gesundheit unterschiedliche Vorgaben machen.

Wie sieht derzeit der Schulalltag aus. Was hat sich durch Corona verändert?

Durch Kohortenbildung auf den Stationen mussten wir noch stärker differenzieren, weil Fünft- bis Zehntklässler:innen gemeinsam gelernt haben. Das hat Vor- und Nachteile. Die Lehrkräfte waren näher an ihren Schüler:innen dran, weil sie sich nur auf eine feste Kohorte konzentrieren mussten. Dadurch war ein intensiverer Austausch mit den Therapeuten möglich. Es bestand ein engerer Draht. Wenn man allerdings immer mit der derselben kleinen Gruppen arbeitet, gab es auch weniger Input und Entwicklung. Es ist sehr mühsam, wenn sie beispielsweise mit fünf an Depression erkrankten Kindern arbeiten. Da wäre eine Durchmischung der Gruppe und der Krankheitsbilder manchmal sehr hilfreich. Als die Bundesnotbremse galt, hatten wir als Klinikschule eine Ausnahmegenehmigung, weil wir keinen Distanzunterricht auf den Stationen anbieten konnten. Die Vernetzung mit den Stammschulen der Schüler:innen hingegen wurde in der Coronazeit durch die Digitalisierung, durch Ipad und itslearning sogar besser.



Carmen Bergedick

„Corona wirkt da wie ein Brennglas und zeigt uns nur umso deutlicher wo Unterstützung und Hilfe fehlt.“

Die Pandemie grassiert seit März 2020. Gab es dadurch neue Probleme?

Besonders das Problem Schulmeider ist nicht kleiner geworden. Die Fallzahlen sind gestiegen. Insgesamt sind die Anfragen nach klinischer und damit schulischer Unterstützung gesamtheitlich gestiegen. Corona wirkt da wie ein Brennglas und zeigt uns nur umso deutlicher wo Unterstützung und Hilfe fehlt. Auch die gewohnte Rückführung der Kinder und Jugendlichen an ihre Stammschulen ist für uns ganz schwierig. Das geht oft nicht, weil die Hygienekonzepte der Kliniken so hoch sind, viel höher als in den Schulen. Unsere Schüler:innen konnten wegen der Infektionsgefahr nicht stundenweise zurückgeführt werden. Eine Anbahnung zur Stammschule, eine gestaffelte Rückführung war nicht möglich. Sie wurden ins kalte Wasser geworfen - raus aus der Klinik, rein in das alte System. Das war und ist belastend für die Beteiligten.



Film statt Aufführung

„Unsere Theaterprojekte sind für Jugendliche aller Nationalitäten ein wichtiges 'Nahrungsmittel'. Beim letzten Stück haben wir improvisiert. Statt einer Aufführung auf einer Bühne, gab es einen Film. Weil wir die Abstände einhalten mussten, haben wir Szenen von unterschiedlichen Standorten aufgenommen. Die jungen Schauspieler:innen mussten öfter mal stärker motiviert werden. Das aktuelle Projekt „Göttin Demeter“ läuft hoffentlich wieder normaler ab. Jeden Freitag kann in der Feldstraße 103 geschnuppert werden.“

Abiud C. Chinelo, Theaterregisseur Foto: Susanne Carstensen



Hätten Sie sich da mehr Unterstützung erwartet?

Nein, das ging gar nicht. Die Verantwortung, sich hier klar an die Hygienevorschriften zu halten, ist wichtig. Denn wir sichern so die psychiatrische Grundversorgung im Land Bremen. Für die klinische und schulische Arbeit war es aber natürlich erschwerend.

Haben Sie genug Lehrkräfte?

Ja. Es gibt genug Kolleg:innen aus dem Regelsystem, die gerne bei uns unterrichten wollen. Man kann bei uns sehr individualisiert arbeiten, man ist sehr nah am Kind. Es gibt kleine Gruppen und individuelle Förder- und Lehrpläne. Bei uns bekommt man mehr Zuwendung, Aufmerksamkeit und eine individuelle Ansprache. Gleichfalls sind die Herausforderungen an die Lehrkräfte aber eben auch besonders.

Das hört sich sehr systemrelevant an.

Ja, das stimmt. Trotzdem sind wir bei vielen so ein bisschen unter dem Radar. Die Schulen, die ihre Schüler:innen bei uns haben, wissen was die Klinikschule anbietet. In der Regel wird man erst dann auf uns aufmerksam.

Wir haben jetzt 16 Monate Corona hinter uns. Mit den Erfahrungen aus dieser Zeit, was gibt es für Wünsche für die Krankenhausschule?

Uns ging es in dieser Zeit vergleichsweise gut. Es war anstrengend, keine Frage. Aber wir konnten unsere Arbeit trotz Pandemie gut machen. Allerdings sind unsere räumlichen Bedingungen sehr begrenzt, wir brauchen da eine Aufstockung und mehr Platz. Ich wünsche mir, dass die GENO über finanzielle Ressourcen verfügt, die dazu führt, dass die Stationen mit WLAN ausgestattet werden können. Weil wenig Räumen da sind, könnte dann mehr digital unterrichtet werden. Wir hätten gerne eine Stundenressource, um mehr Zeit in die Übergänge für unsere Schüler:innen zu investieren. Meine Lehrkräfte brauchen mehr Zeit, um die Kinder in den Stammschulen zu begleiten und dort wichtige Gespräche und Vernetzung zu führen. Die Regelsysteme sind darauf angewiesen zu wissen, was es für ein Kind mit einer psychischen und/oder somatischen Erkrankung bedeutet, schulisch zu lernen. Nur so kann der Aufenthalt in der Klinik auch nachhaltig sein.

Systemrelevante Analysen

Gleichnamiger Podcast der Hans-Böckler-Stiftung

Von Karsten Krüger

Für alle, die mehr über systemrelevante Menschen und systemrelevante Hintergründe erfahren oder besser hören wollen, können sich in den gleichnamigen Podcast der Hans-Böckler-Stiftung einklicken. In „Systemrelevant“ analysieren führende Wissenschaftler:innen gemeinsam mit Moderator Marco Herack, was Politik und Wirtschaft zu diesem aktuellen Schlagwort bewegt: makroökonomische Zusammenhänge, ökologische und soziale Herausforderungen und die Bedingungen einer gerechten und mitbestimmten Arbeitswelt. Und dies alles wird, so das Versprechen, klar verständlich und immer am Puls der politischen Debatten präsentiert („Stimmt“ - der Autor dieser Zeilen hat reingehört).

Gestartet ist der Podcast mit der Pandemie im Frühjahr 2020. Es ging los mit einem eher engen Themenkreis - da ging es im Wesentlichen um volkswirtschaftliche Fragen rund um die Corona-Krise. Gesprächspartner war anfangs ausschließlich Sebastian Dullien, der wissenschaftliche Direktor unseres Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Mittlerweile ist das Themenspektrum und Kreis der Podcaster:innen

erweitert, wobei Corona und die Folgen natürlich immer noch wichtige Themen sind.

Jetzt geht es aber häufiger auch um ebenso "systemrelevante" Themen wie Bildung, Gleichstellung, Verteilung, soziale Gerechtigkeit, sozial-ökologische Transformation, Mitbestimmung oder Pflege. Regelmäßig dabei sind Sebastian Dullien, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Bettina Kohlrausch, Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), Johanna Wenckebach, Direktorin des Hugo Sinzheimer Instituts für Arbeitsrecht (HSI), Daniel Hay, Direktor des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) und Dorothea Voss, Leiterin der Forschungsförderung.

Hier der Podcast-Link mit allen bisher erschienenen Folgen: <https://www.boeckler.de/de/podcasts-22421.htm>



www.vectorstock.com/huza



Viele wollten mehr reden

„Das Außer-Haus-Geschäft ist – als die Inzidenzen hoch waren und viele im Home-office gearbeitet haben – natürlich stark angestiegen. Am besten gingen Gefüllte Auberginen und Antipasti. Viele Kunden wollten nicht nur ein Essen, sondern beim Abholen auch ein bisschen reden. Wir waren dann Bedienung und Gesprächspartner. Man hat gemerkt, dass viele frustriert waren. Jetzt ist die Stimmung wieder besser.“

Miriam Danklef, Mitarbeiterin im Restaurant Vengo

Foto: Susanne Carstensen



Auf reine Aufsichtsfunktion reduziert

Stellungnahme der Pädagogischen Fachkräfte zu ihrer Arbeitssituation an der Grundschule Stichnathstraße

Von Karsten Krüger

Die pädagogischen Mitarbeiter:innen an der Grundschule Stichnathstraße in Bremen-Kattenturm sind unzufrieden über ihre Arbeitsbedingungen. Und ihre Unzufriedenheit ist zuletzt sogar gewachsen, schreiben sie in einer Stellungnahme. „Die seit Jahren bestehenden Probleme sind unter den Bedingungen der Corona-Krise noch einmal viel schärfer sichtbar geworden“, heißt es in einer Stellungnahme, die das nahezu komplette Kollegium unterschrieben hat. Es ist ein Hilferuf, adressiert an den Personalrat Schulen, an die GEW und natürlich an die Bildungsbehörde.

Unterstützung durch die Schulleitung

Unterstützung bekommen die Fachkräfte auch von der Schulleitung. Die kommissarische Schulleiterin Jennifer Groß sieht unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen vor allem das Wohl der Kinder in Gefahr. „Wir haben ohne durchgängige Doppelbesetzungen in den Klassen mehr sozial-emotionale Probleme, mehr Konflikte, mehr Disziplinprobleme und können die negativen Folgen der Pandemie, wie Bewegungsmangel oder sprachliche Rückschritte kaum abmildern.“ Auch deshalb ist es derzeit schwierig, dem Leitbild der Schule gerecht zu werden, in dem das Ziel formuliert ist, die Schüler:innen mit einer ganzheitlichen Entwicklungsförderung zu unterstützen. Aber Jennifer Groß hat auch ihre Kolleginnen und Kollegen im Blick. „Die Belastungen für die Pädagogischen Mitarbeiter:innen und Lehrkräfte sind unheimlich hoch. Zur angekündigten Doppelbesetzung haben wir noch keine Informationen durch die Behörde. Auf die vollständige Umsetzung müssen wir allein aufgrund des leeren Bewerber:innenpools sicherlich noch drei bis fünf Jahre warten.“

Keine Vertretungsreserve

Ihre Kollegin Anke Leisner-Beckmann weist auf weitere Probleme hin: „Sobald Kolleg:innen krank sind, fehlen Vertretungsreserven, so dass für alle die Belastung steigt. Es fehlt Zeit um verlässliche Bindungen zu den Kindern aufzubauen oder eigene Inhalte mit ihnen zu bearbeiten. Man hetzt durch den Tag, besonders um das Mittagessen herum. Die Kohortenrege-

lung erschwert die Beziehungsarbeit zusätzlich. Es fehlt auch an Erzieherstunden, um attraktive Angebote in der Freizeit machen zu können.“

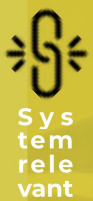
Unzureichende Stundenzuweisung

In der Stellungnahme heißt es zu den schwierigen Arbeitsbedingungen: Gerade in diesen Zeiten, in denen selbstbestimmtes Lernen noch größere Bedeutung gewonnen hat, liegen hier besonders große Herausforderungen für die Kinder unserer Schule. Von den künftigen Erstklässlern haben viele Kinder nur teilweise oder gar nicht die KITA besucht. Mit den Kindern in den Klassen konnte durch Schulschließungen, Wechselunterricht und eingeschränkten Ganztagsbetrieb nur sehr begrenzt gearbeitet und somit Entwicklungsziele allenfalls zu einem Teil erreichen werden. Vor diesem Hintergrund ist die derzeitige Stundenzuweisung für die pädagogischen Kräfte (15 Stunden für Klasse 1 und 2 und 12 Stunden für die Klasse 3 und 4) völlig unzureichend. Weder im Unterricht noch bei der Essensbegleitung noch bei der Freizeitgestaltung können unter diesen Umständen entwicklungsbegleitende, förderliche Aufgaben gemacht werden. Dies wird den Kindern in keiner Weise gerecht. Aber es ist auch für uns als ausgebildete Fachkräfte eine völlig unbefriedigende Arbeitssituation, uns auf eine reine Aufsichtsfunktion reduzieren zu müssen, anstatt gezielte Hilfen und entwicklungsfördernde Angebote machen zu können.

„Durchgängige Doppelbesetzung“

Deshalb fordern die Pädagogischen Mitarbeiter:innen „nicht mehr als versprochen: 30 Stunden pro Klasse, plus Spätbetreuung und eine Vertretungsreserve“, sagt Anke Leisner-Beckmann. Nach internen Berechnungen fehlt in 290 Stunden eine Doppelbesetzung (von 842 Stunden insgesamt). Und die Forderungsbegründung liefern die Kolleginnen und Kollegen in ihrer Stellungnahme gleich mit: „Um eine ganzheitliche Entwicklungsförderung realisieren zu können und damit den Kindern eine erfolgreiche Teilhabe am schulischen Angebot und perspektivisch an unserer Gesellschaft zu ermöglichen, braucht es Verlässlichkeit und Vertrauen. Nur durch eine durchgängige Doppelbesetzung jeder Klasse mit einer pädagogischen Fachkraft sehen wir diese Verlässlichkeit gegeben.“





Mehr Aufträge als sonst

„Wir hatten in der Coronazeit viel mehr Aufträge als sonst. Viele Schäden, wie zum Beispiel kaputte Hausanschlüsse, Wasserleitungen oder defekte Fernwärmesysteme, sind liegen geblieben. Die Kunden hatten jetzt mehr Zeit, sich darum zu kümmern. Heute habe ich eine undichte Gasleitung erneuert. Die meisten Auftraggeber waren, obwohl die Einschränkungen bestimmt keinen Spaß machen, nett und freundlich.“

Norbert Kolditz, Rohrleitungsbauer bei der BHK Tief- und Rohrbau GmbH in Hemelingen

Foto: Karsten Krüger

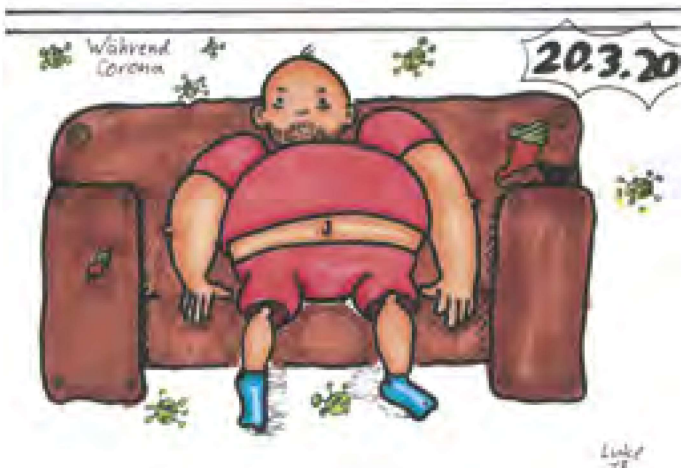


Kinder zeichnen Corona

Ausstellung in der Stadtbibliothek Bremen – Berührende Arbeiten

Von Frauke Hellwig

Zu Beginn der Pandemie sammelte das Schulmuseum Bremen Zeichnungen von Kindern und Jugendlichen zum Thema Corona. Damit sollten Kinder die Möglichkeit bekommen, ihre Gedanken, Erfahrungen und Gefühle zur Pandemie selbst zu formulieren. Schon Ende März 2020 kam Steffi Möller, eine junge Mutter und Psychologin, mit dieser Idee auf das Schulmuseum zu, weil sie gerade mit Kindern in ihrem Umfeld thematisierte: Was ist Corona? Wie sehen „Herr oder Frau Corona“ wohl aus? Die Krise, die durch die Pandemie eintrat, war für Kinder unerwartet, unfassbar und unverständlich. Die Bilder sollten Sprachanlässe schaffen, um über Ge- und Verbote, Erlebnisse, Eindrücke und Gefühle zu sprechen.



Der Aufruf wurde weitergegeben, um an Schulen durch Zeichnungen die Eindrücke und Gedanken von Kindern und Jugendlichen zu sammeln. Bremer Schülerinnen und Schüler vom ersten bis zum zwölften Schuljahr haben sich daran beteiligt. An der Universität Bremen wurde im Studiengang Psychologie eine quantitative Inhaltsanalyse zum Bilderkonvolut verfasst. Bei der Auswertung zeigt sich: Die meisten Bilder zeigen „Corona“ selbst und sind von der Darstellung des Virus als roter Kugel in den Medien geprägt. Viele Bilder veranschaulichen auch die zu lernenden „AHA-Regeln“, die es zu verstehen und zu trainieren gilt. Das Haus bildet einen Schutz gegen die gefräßigen Viren, aber auch: Man muss lernen, wie man sich zuhause beschäftigen kann. Viele Kinder setzen zeichnerisch um, dass Corona die ganze Welt bedroht. Einige Zeichnungen verbildlichen die Botschaft „Wir halten zusammen“. Deutlich aus der ersten Zeit der Pandemie sind die thematisierten Hamsterkäufe von Nudeln und Toilettenpapier. – Die Motivwahl und ihre Häufigkeit wären heute, mit der Erfahrung der Pandemie nach einem weiteren Jahr, sicher ganz anders verteilt.

Aus 585 Zeichnungen und Fotografien haben wir 100 Zeichnungen ausgewählt, die ab 1. September in der Ring-Galerie der Zentralbibliothek Bremen präsentiert werden. Alle Arbeiten der Kinder und Jugendlichen sind berührend und führen uns ihre Sorgen und Nöte vor Augen. Die Aufarbeitung der Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche dauert an - die Bilder aus dem Frühjahr 2020 sind historisches Zeugnis in unserer Sammlung.

Weitere Informationen:
www.schulmuseum-bremen.de

Hundert Prozent verkalkuliert

Falsche Prognosen, fehlende Rendite, vernachlässigte Fachlichkeit –
und erst recht keine Personalentwicklung

Von Bernd Winkelmann



Bernd Winkelmann, ehemaliger Landesvorstandssprecher und GEW-Urgestein

Ein Idealbild schwebt über den Personaldebatten in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen: Die Bedarfe an qualifizierten Mitarbeiter:innen mögen zu 100 Prozent gedeckt sein. Dies ist ein zwar naheliegender, aber bedeutend zu bescheidener Gedanke!

Blenden wir zur Einschätzung zurück in die Mitte der 80er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Damals lebten wir in einer heute unvorstellbaren Situation. Der Begriff der „Lehrerschwemme“ war geprägt und sollte ein Missverhältnis zwischen einer (zu) großen Zahl an Personen zeigen, die in den Beruf drängt, und einer Schulsituation, der man von politischer Seite fast schon eine Überversorgung nachsagte. Das begriffliche Pendant war der „Einstellungsstopp“.

Klaus Klemm, ein anerkannter Wissenschaftler, der fortdauernd Berechnungen zum Arbeitsmarkt von Pädagog:innen vorgelegt hat, spricht von einem „für Absolventen der Lehramtsstudiengänge nahezu zusammengebrochenen Arbeitsmarkt“ (Klemm 1991) und nennt als Beispiel das Jahr 1986, als bundesweit nur 5.500 Lehrkräfte eingestellt wurden, im Vergleich zu 30.000 bis 35.000 jährlich im Jahrzehnt zuvor.

Nachwirkende Fehler

In dem benannten Zeitraum geht die Summe der Menschen, die in der Bundesrepublik keine Anstellung in ihrem erlernten (Lehr-)Beruf finden, in die Zehntausende. Manchen von ihnen

gelingt dann noch Jahre danach der späte Einstieg in den Schuldienst, andere sind dafür längst verloren. Dies ist eine Feststellung mit gravierenden Konsequenzen, denn schon ab dem Jahre 2000 übersteigt die Zahl der Einstellungen in den öffentlichen Schuldienst die der Neuabsolvent:innen des Vorbereitungsdienstes zum Teil erheblich (vergl. KMK 2012 und 2014).

„...der Anteil der öffentlich Beschäftigten in Deutschland im europäischen Vergleich deutlich unter dem Durchschnitt (10,6 zu 18,1 Prozent).“

Ebenso bemerkenswert war damals die ungleichmäßige Altersverteilung von aktiven Lehrkräften. Eine von Werner Begoihn für Bremerhaven erstmals 1998 herausgegebene Grafik ist beispielhaft für weite Gebiete der westlichen Bundesländer. Sie zeigt auf, dass die nominell starken Jahrgänge zwischen dem 45. und 50. Lebensjahr angesiedelt sind. Die Daten begründen eine wenig spektakuläre Sicht auf die Zukunft: Pensionierungen in großem Umfang sind absehbar – und sie stellen sich tatsächlich ein.

Trotz dieser Signale wurde mit dem Argument hoher Kosten und eines überdimensionierten Öffentlichen Dienstes keine



Personalentwicklung im Bildungsbereich ist ein ständiges Thema auf Personalversammlungen des Personalrats Schulen. (Foto: GEW Bremen)

„Personalpflege“ betrieben. Dabei liegt der Anteil der öffentlich Beschäftigten in Deutschland im europäischen Vergleich deutlich unter dem Durchschnitt (10,6 zu 18,1 Prozent). Dies gilt in gleicher Weise für die Personalausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt (vergl. DGB 2018). Mit diesen Fakten ließe sich eher eine offensive Einstellungsstrategie begründen.

Demographie

Der bereits eingeführte Klaus Klemm macht in einer aktuellen Rückschau drei Aspekte für den Lehrkräftemangel in Deutschland verantwortlich (vergl. Klemm 2019). In die eben angesprochenen „demographischen Entwicklungen“ fallen zudem Geburtenzahlen und Migrationsbewegungen. Erstere steigen seit 2013 erheblich, letztere ließen allein im Jahre 2015 eine Million Menschen, davon viele Kinder, in die Bundesrepublik kommen. Dies betraf beide Städte des Bundeslandes Bremen substantziell: Die demographische Rendite, mit der man eine neue Schulreform ab 2009 personell abzusichern gedachte, existierte gar nicht.

Wirft man dann trotz aller Vorbehalte gegenüber Modellrechnungen zur Entwicklung von Schüler:innenzahlen einen Blick in neuere Prognosen, so können gewerkschaftliche Forderungen nach drastischen Erhöhungen der Ausbildungszahlen für Pädagog:innen nicht laut genug artikuliert werden. Selbst die immer so zurückhaltend rechnende KMK beziffert den Zuwachs an Schüler:innen in Deutschland bis 2030 insgesamt mit neun Prozent, im allgemeinbildenden Bereich mit 12%, konkret für das Land Bremen mit acht Prozent bzw. elf Prozent (vergl. KMK 2020). Sie muss ihre eigenen Daten von 2013 drastisch korrigieren, schon 2025 werden nunmehr weitere 1,1 Millionen

Schüler:innen in den allgemeinbildenden Schulen erwartet. Gemäß Klemm und Zorn werden in vier Jahren bereits 14.500 zusätzliche Klassen und 18.200 zusätzliche Lehrkräfte benötigt; 2030 sind es 28.100 bzw. 42.800 (vergl. Klemm, Zorn 2017).

Administration

Seine zweite Begründung beschreibt Klemm mit „trägen administrativen Reaktionen“. Über Jahre, so weist er nach, berechnet die KMK den Bedarf an Lehrkräften mit veralteten Zahlen. Was sie zudem in der Regel nicht mit einbezieht, sind Gedanken an echte Verbesserungen, also pädagogische Reformen wie die Einführung der Inklusion, oder sozialpolitisch orientierte Programme, beispielsweise eine schulische Unterstützung von armen Familien. Desgleichen nicht berücksichtigt sind die Arbeitsbedingungen von Pädagog:innen, ob nun hinsichtlich der zu erteilenden Unterrichtsstunden, einer kalkulierten Vertretungsreserve, der Zeiträume für Kooperation und Präsenzpfllichten sowie die Lernbedingungen von Kindern und Jugendlichen in kleineren Klassen bzw. unter Fördergesichtspunkten.

Aber auch wenn das geltende Recht nur fortgeschrieben wird, wären Einstellungen in Größenordnungen notwendig gewesen, die nicht realisiert wurden. Klaus Klemm hat diesen Sachverhalt für die fünf norddeutschen Bundesländer exemplarisch quantifiziert (vergl. Klemm 2009). Die von ihm bezifferten Einstellungserfordernisse für Lehrkräfte und Erzieher:innen sind das Minimum, aber nicht einmal dieses wurde verwirklicht. Zum Zeitpunkt seiner Erhebung, also 2009, das sei mit Nachdruck vermerkt, hätte man die notwendigen weiteren Stellen noch mit Aussicht auf Erfolg ausschreiben können. Es war erst einmal die letzte echte Chance.





Nur mit ausreichenden Bildungsinvestitionen gibt es genug Personal in den Schulen. (Foto: GEW Bremen)

Berufswahl

Teil drei der Klemm'schen Analyse bezieht sich auf „prozyklische Entscheidungen“, welche junge Menschen in der Regel bei ihrer Berufswahl treffen. Das bedeutet: Steigen die Einstellungszahlen, dann steigt die Summe der Lehramtsstudierenden – und umgekehrt. Die Länge der Ausbildung, durchschnittlich mindestens sieben Jahre, müsste allerdings die Lage des Arbeitsmarktes am Ende, nicht zu Beginn des Studiums berücksichtigen. Hier kommen dann wieder, wie geschildert, die wenig verlässlichen Prognosen der Vergangenheit ins Spiel.

Sicher ist aber, deutschlandweit betrachtet und mit erheblichen Konsequenzen nicht nur für strukturschwache Regionen, dass die aktuelle Zahl der Studienplätze nicht reicht, im Übrigen ebenso wenig die Ausbildungskapazitäten in der Sozialen Arbeit und der Erziehung. Sie genügen nicht für die Altersersatzeinstellungen und schon gar nicht für eine bildungspolitische Perspektive, die auf die Bedürfnisse der Gesellschaft eingeht. Junge zukünftige Kolleg:innen benötigen neben Ermutigung verlässliche politische Entscheidungen, die Einstellungssicherheit und ansprechende Arbeitsbedingungen betreffen.

Verantwortlichkeiten

Wir sehen uns mit einem Ergebnis politisch gewollter Fehlentscheidungen konfrontiert. Diese reichen weit zurück: Für die Jahre von 1992 bis 2004 ermittelten wir für Bremerhaven einen Stellenabbau von 14,3 Prozent bei nur geringfügig zurückge-

henden Schüler:innenzahlen von knapp 2% (GEW Bremerhaven 2008), für die Jahre 2011 bis 2015, also die Zeit vor der letzten großen Migrationsbewegung, eine Steigerung der Anzahl der Klassenverbände in den Grundschulen um 9 Prozent (GEW Bremerhaven 2014). Ein Kurswechsel in diesem Zeitraum, Stichwort Ausbildungsdauer, auf den wir gedrängt haben, hätte u.a. im Sommer 2021 einiges an Entspannung bewirkt.

Bei unseren vielfältigen Einlassungen haben wir nur die Zahlen der Behörden ausgewertet. Das aktuelle Desaster kann also niemanden überraschen. So liegen mittlerweile Jahre mit unbesetzten Stellen, auch in der Stadt Bremen, hinter uns, mit in die Nachbarbundesländer abgesprungenen Referendar:innen, hunderten von Vertretungslehrkräften ohne zweitem Staatsexamen sowie Seiten- und Quereinsteiger:innen, die ohne grundständige Ausbildung arbeiten. Im Ergebnis werden die 100 Prozent der Zuweisungsrichtlinie für schulisches Personal nicht mehr erreicht. Es sind überdies „schwache“ 100 Prozent, denn die (amtlichen) Unterrichtsausfallstatistiken weisen stabile Krankheitswerte nach, auch schon vor der Seuche, so dass man leicht auf 106 Prozent Personalbedarf kommt, wenn man zumindest näherungsweise 100 Prozent Unterricht und Betreuung absichern möchte.

Da wir gerade bei den Fehlentscheidungen sind: Es sei erinnert an das Schließen von Studiengängen an der Uni Bremen, die zwischenzeitliche Reduzierung der Ausbildungsplätze im LIS, die durch die Föderalismusreform verschärfte Konkurrenzsituation

„So liegen mittlerweile Jahre mit unbesetzten Stellen, auch in der Stadt Bremen, hinter uns.“

zwischen den Bundesländern, die Abwertung nicht gymnasialer Lehrämter in Bremen im Jahre 2005, welche 2021 nach zähem Ringen endlich wieder rückgängig gemacht wird. Und dann wabert noch der Einstellungsstopp nach, ein Einschnitt, von dem sich ein im bundesrepublikanischen Wirtschaftsreglement agierendes Schulsystem kaum erholen kann.

Perspektive

Lehrämter und Unterrichtsfächer haben ihre Bedeutung als Auswahlkriterium für Einstellungen verloren. Die Ansprüche an die Bildungsprozesse wachsen dagegen stetig, auch und gerade auf fachlicher Seite. Die politische Rhetorik bleibt billig: Zwar wird ein Fachproblem zugestanden, das es fast schon ewig gibt, nämlich MINT und Sonderpädagogik betreffend, doch eigentlich bilde das Land Bremen „bereits jetzt über den eigenen Einstellungsbedarf hinaus aus“ (NZ 2021). Die Aussage des Sprechers der Wissenschaftssenatorin ist unfassbar, weil sie einerseits falsch ist und andererseits durch eigene Äußerungen im gleichen Zeitungsartikel widerlegt wird. Wir werden es also nicht leicht haben. Dennoch: Bundesweit bis kommunal gehören wir als Gewerkschaft zu denen, die Änderungen politisch erwirken können.

Nur in Abstimmung aller Bundesländer werden die erforderlichen Veränderungen erfolgen, um die Zahl erfolgreicher Absolvent:innen von Lehramtsstudiengängen spürbar zu erhöhen. Es bedarf einer auf das gesamte Land ausgerichteten Bedarfsplanung, der pädagogisch und fachlich abgeleitete Parameter zu Grunde liegen. Einen hilfreichen Kriterienkatalog hat der Bundesgewerkschaftstag 2017 beschlossen (vergl. GEW 2017), wenngleich die Entwicklung von Strategien zur Umsetzung dieser Forderungen nahe liegender Weise stetig angepasst werden muss. Ähnliches gilt für andere pädagogische Professionen.

Dessen ungeachtet sind die vorhandenen kommunalen Zuständigkeiten zu nutzen, um die „Entwicklung des Personals“ in aller Differenziertheit anzugehen. Dabei hat die „Bescheidenheit“ des 100-Prozent-Gedankens zwei Ebenen: Neben dem oben angemahnten Maßstab als Berechnungsgröße gilt es, die Vielschichtigkeit eines echten Personalentwicklungskonzeptes zu beachten, beispielsweise eine Qualifizierung für gelingende Schulentwicklung, die Absicherung von Kooperationen des Personals oder eine Aufgabenstrukturanalyse für Pädagog:innen mit der Eingrenzung ihrer Arbeitslast (vergl. GEW Bremerhaven 2015).

Verkalkulieren, das zeigen die Darstellungen, kann man sich bei diesem Thema leicht. Es lohnt sich deshalb in der Regel, das Argumentieren mit den 100 Prozent kritisch zu prüfen. Wenn allerdings Frau Bogedan über die Pressestelle des Senats mitteilt: „Es werden laufend Lehrkräfte eingestellt“ (Senatspressestelle 2019), so ist eine Replik mit den Worten „Was denn sonst?“ im Lichte der Geschichte noch eher freundlich formuliert. ■

Verkalkulieren, das zeigen die Darstellungen, kann man sich bei diesem Thema leicht. Es lohnt sich deshalb in der Regel, das Argumentieren mit den 100 Prozent kritisch zu prüfen. Wenn allerdings Frau Bogedan über die Pressestelle des Senats mitteilt: „Es werden laufend Lehrkräfte eingestellt“ (Senatspressestelle 2019), so ist eine Replik mit den Worten „Was denn sonst?“ im Lichte der Geschichte noch eher freundlich formuliert. ■

Quellen:

DGB (2018): DGB Personalreport 2018, Berlin

GEW (2017): Lehrkräftemangel bekämpfen – Schulqualität sichern – Schulreformen offen halten, Beschluss DS 288 des Bundesgewerkschaftstages in Freiburg, Frankfurt a.M.

GEW Bremerhaven (2008): Papier zur Pressekonferenz am 7.05.2008, Bremerhaven

GEW Bremerhaven (2014): Informationen des Stadtverbandes 4/2014, Bremerhaven

GEW Bremerhaven (2015): 7 Schritte zu einem Personalentwicklungskonzept, Bremerhaven

Klemm (1991): Der Teilarbeitsmarkt Schule in den alten und neuen Bundesländern 1992 – 2010, Frankfurt a.M.

Klemm (2009): Zur Entwicklung des Lehrerinnen- und Lehrerbedarfs sowie des Erzieherinnen- und Erzieherbedarfs, Essen

Klemm (2019): Lehrkräftemangel – eine unendliche Geschichte, in: Zeitschrift „Pädagogik“, Heft 6

Klemm, Zorn (2017): Demographische Rendite adé, Bielefeld

KMK (2012 und 2014): Einstellung von Lehrkräften 2008 bzw. 2012, Berlin

KMK (2020): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2030, Berlin

NZ (2021): Schulen: Lehrermangel und Raumnot, Artikel in der Nordsee-Zeitung vom 3.06.2021, Bremerhaven

Senatspressestelle (2019): Bogedan: „Es werden laufend Lehrkräfte eingestellt“, Pressemitteilung vom 13.08.2019, Bremen

Abwege eines postmodernen 'Großdenkers', oder: Foucault in Teheran (I)

Wie der Kritiker der 'Disziplinargesellschaft' auf die Verheißungen der iranischen Ayatollahs hereinfiel – und was das über sein Werk aussagt.

Von Werner Pfau

Nachdem im Laufe des Jahres 1978 im Iran Massenproteste gegen die Herrschaft des Schahs aufbrannten, machte sich ein Grüppchen französischer Intellektueller auf, um über die politischen Unruhen vor Ort zu berichten. Das ölfreiche und geostrategisch relevante Land war gewissermaßen umkämpftes Gebiet im Kalten Krieg. Shah Reza Pahlevi, nach der Beseitigung des reformwilligen Mossadegh 1957 von den USA als Statthalter westlicher Interessen eingesetzt, sah dem Ende seiner Herrschaft entgegen. Ein Machtwechsel wäre, ähnlich wie im Falle Kubas, von weltpolitischer Bedeutung. Zudem knüpften sich linke Revolutionshoffnungen an die Ereignisse. Im Unterschied zu Kuba fühlten sich jedoch besonders diejenigen angesprochen, die von einem Dritten Weg jenseits des östlichen und westlichen Systems träumten: Einer Revolte unter islamischen Vorzeichen. Als deren charismatische Symbolfigur galt der im Pariser Exil lebende Ayatollah Khomeini. Seine Bewegung brauchte zum landesweiten Erfolg den Schulterschluss mit linken sowie anderen säkularen Kräften und gab sich – einstweilen – diskussionswillig.

Auf der Suche nach Spiritualität

Mit besonderer Begeisterung berichtet Michel Foucault, damals schon prominenter postmoderner Theoretiker, über die Protestbewegung, deren Inspiration sich in seinen Augen aus religiösen Quellen speist. Seine Reportagen in renommierten Blättern wie *Le Monde* würdigen wohlwollend das theokratische Gedankengut, das von Khomeini und seiner ideologischen Entourage verbreitet wird. Er lobt das philosophische Sprachrohr der Bewegung, Ali Shariati, und darf auch beim Ayatollah selbst in dessen Pariser Wohnung antichambrieren. Treuherzig schreibt er: „Eine Sache muss klar sein: Mit islamischer Regierung meint niemand im Iran ein politisches Regime, in dem Kleriker die Aufgabe von Überwachung und Kontrolle hätten.“ Speziell in der schiitischen Ausprägung des Islam sieht Foucault das ideologische Potential für eine neue Form der Rebellion jenseits europäischer Muster. Anstelle von Parteien oder politischen Ideen liege die Antriebskraft der Revolte in einer Art 'politischen Spiritualität'. Das utopische Bild einer vom Imperialismus befreiten Gesellschaft scheine darin auf; eines

Gemeinwesens fernab der von Foucault gehassten westlichen Formen.

Verheißungen

Das ist auch genau der Eindruck, den die gelehrte Propaganda Khomeinis erzeugen will: Kein frömmlicher verbrämter Feudalismus wie in Saudi-Arabien sollte nach dem Umschwung entstehen, sondern ein demokratischer und toleranter Islam die Macht übernehmen, so verspricht etwa Ali Shariati. Auf derartige Verheißungen fallen nicht wenige iranische Linke herein, beteiligen sich an der Vertreibung des Schahs und finden sich einige Monate oder Jahre später in den Folterkellern des Regimes wieder. Foucault kann letzteres nicht passieren – er weilt in der Zeit, wo Oppositionelle drangsaliert und exekutiert, Frauen unters Kopftuch gezwungen, Homosexuelle an Baukränen aufgehängt und Freigeister ausgepeitscht werden, wieder im sicheren Frankreich.

https://www.flickr.com/photos/espinoso_rosique/7908579302



„Eine Sache muss klar sein: Mit islamischer Regierung meint niemand im Iran ein politisches Regime, in dem Kleriker die Aufgabe von Überwachung und Kontrolle hätten.“

Michel Foucault, 1978

Erst dass er sich dem verweigert, macht aus einem intellektuellen Versagen auch ein menschliches.

Im Pantheon

Atoussa H. ist heute vergessen, Foucault längst ins Pantheon des französischen Geistes aufgestiegen. Wie üblich bei einem 'Großdenker' wird diese Phase in seinem Werk entweder launig als 'iranisches Abenteuer' (Stauth) verniedlicht – wobei die Wortwahl suggeriert, dass ausgerechnet er irgendein Risiko eingegangen wäre – oder als moralischer Fehltritt ohne Bezug zum theoretischen Werk entsorgt. Apologetisch wird gefragt, ob man dem Verblichenen Irrtümer einer halben Generation aufbürden dürfe. Nun ist niemand verpflichtet, klüger als die Mitwelt zu sein. Aber ausgerechnet von einem, der seinen Ruhm auf die vermeintlich schonungslose und subtile Kritik an Disziplinarmacht und Herrschaftsdiskursen gegründet hat, hätte zumindest wissenschaftliche Distanz gegenüber der Ideologie des schiitischen Gottesstaates erwartet werden können. Warum er sie nicht aufbrachte – und inwiefern sein Irrtum vielleicht sogar durch die Widersprüche seiner Theorie vorgezeichnet war – diese Frage haben die Historikerin Janet Afary und der Soziologe Kevin Anderson erforscht.

Gegenwind

Dabei erntet seine Parteinahme für die Mullahs durchaus Widerspruch. So kritisieren ihn Leute wie der marxistische Islamwissenschaftler Maxime Rodinson vom Standpunkt jener aufgeklärten Religionskritik, die Foucault freilich längst als 'westlichen' Diskurs verworfen hat. Zu denen, die sich von den Sirenenklängen der schiitischen Revolution ebenfalls nicht einlullen lassen, gehört Atoussa H., eine iranische Feministin. In einem bekannt gewordenen Leserbrief, vom November 1978, macht sie ihrem Ärger über Foucaults Lobreden Luft. Sie schreibt: „Es scheint, für die westliche Linke, der es an Humanismus fehlt, ist der Islam erstrebenswert. (...) Viele Menschen aus dem Iran, wie ich, sind besorgt und verzweifelt bei dem Gedanken an eine islamische Herrschaft. Überall außerhalb des Iran dient der Islam als Fassade für feudale oder pseudorevolutionäre Unterdrückung. (...) Die Linke sollte sich nicht durch eine Kur verführen lassen, die am Ende schlimmer ist als die Krankheit.“

Abwehr und Schweigen

Der Kritisierte reagiert zunächst abwehrend. Gegen Atoussa H. greift er zu einer Taktik, die später von postmodernen Linken noch oft gegen Menschen aus islamischen Ländern, sofern diese Religionskritik üben, angewandt werden wird. Er, der europäische, selbst säkular gesinnte Beobachter, wirft ihr, einer gebürtigen Iranerin, 'Hass' auf den Islam vor und belehrt sie darüber, dass dieser in den nächsten Jahren zu einer 'essentiellen' Kraft würde. Doch je brutaler die neue Herrschaft im Iran wütet, je deutlicher sie ihren repressiven Charakter manifestiert, desto schweigsamer wird er und seine Begeisterung scheint dann doch zu erlahmen. Zwar erhebt er noch einmal die Stimme zum verhaltenen Protest gegen Massenexekutionen Oppositioneller. Vom Sommer 1979 bis zu seinem Tod 1984 datiert indes sein 'absolutes Verstummen' (Georg Stauth). Er schweigt zum Iran, obschon er öffentlich aufgefordert wird, Rechenschaft über seine diesbezüglichen Irrtümer abzulegen.



„Viele Menschen aus dem Iran, wie ich, sind besorgt und verzweifelt bei dem Gedanken an eine islamische Herrschaft. Überall außerhalb des Iran dient der Islam als Fassade für feudale oder pseudorevolutionäre Unterdrückung.“

Atoussa H., 1978

Kritik an Disziplinierung und Herrschaftsdiskursen

Foucault hatte seit den sechziger Jahren in Studien zur Entstehung der Klinik und des Gefängnisses die These vertreten, der europäischen Entwicklung von Aufklärung und Emanzipation des Individuums läge ein Prozess tiefgreifender und totaler Disziplinierung zugrunde. Während Herrschaft in der Gesellschaft des Mittelalters den Beherrschten noch eher äußerlich geblieben sei, schreibe sie sich dem Untertanen der Moderne gewissermaßen als verinnerlichte Routine ein. Was zunächst in Institutionen wie der Klinik seit dem Ende des 18. Jahrhunderts an Konzepten der Verhaltenssteuerung erprobt wird, breitet sich aus und schließt sich zum gesamtgesellschaftlichen 'Kerker-System' zusammen. Die Analyse dieser 'Disziplinargesellschaft' steht im Zentrum seines Werkes. Ihr gegenüber blamiert laut Foucault die liberale Beschwörung individueller Freiheit sich als hohle Phrase. Denn vom vorab untergründig disziplinierten Individuum habe die Macht nicht mehr viel zu fürchten. In seinen letzten Jahren wendet er seine Aufmerksamkeit dem sexuellen Begehren zu, das er als Produkt von Machtstrategien versteht. Mit dem Arsenal der Biopolitik, einem von ihm geprägten Begriff, werden u.a. die reproduktiven Verhaltensweisen der Gesellschaft gesteuert. Wie immer die einzelnen Thesen nun zu beurteilen sind, der ganze Apparat an Kategorien

hätte auch beim schiitischen Gottesstaat in Anschlag gebracht werden können.

Gottesstaat als 'Disziplinargesellschaft'

Denn auch die Ideologie des Islamismus kennt eine biopolitische Indienstnahme der Körper, nicht zuletzt des weiblichen Körpers als reproduktiver Funktion zum Erhalt des Ganzen. Sie kennt Disziplinierungsmittel wie den Schleierzwang, die Verpflichtung zur patriarchalen Familie, die Sanktionierung abweichenden sexueller Begehrens - gerade hier hätte das machtkritische Sensorium Foucaults reichlich Anregungen gehabt, um anzuschlagen. Das autoritäre Staatsverständnis, die Propaganda des Märtyrertums, die Kontrollgewalt der Revolutionsgarden über abweichendes Verhalten, der Antisemitismus als regierungsamtlicher Diskurs - manches war 1978 nur zu erahnen, einige Monate später jedoch deutlich zu erkennen. Atoussa H. war von Anfang an klarsichtig genug, hingegen Foucault, der machtkritische 'Meisterdenker', im Angesicht all dessen mit theoretischer Blindheit geschlagen. Sie wurzelte in einer Verblendung, so die These von Anderson und Afary, in die er sich bereits Jahre zuvor im Ringen mit den Widersprüchen seines Werks hineinmanövriert hatte.

Das schöne 'Andere'

Foucault war zu stark in einem 'umgedrehten Orientalismus' (Rainer Forst) befangen, der Faszination für den 'schönen

Wilden' im schiitischen Gewand, als dass er die Strategien der Disziplinierung und Machterweiterung in der Herrschaft der Mullahs hätte entdecken können. Da die Disziplinargesellschaft ihm ein Produkt westlicher 'Diskurse' war, avancierte der Orient spiegelbildlich zum schlechthin 'Anderen' der düster-verhängnisvollen europäischen Entwicklung. Es ist, um im Jargon der Postmoderne zu reden, ein Akt von positivem 'Othering', der da vollzogen wurde. Den Weg dazu eröffnete Foucaults Anschluss an die Vernunftkritik Nietzsches. Ihr wird nicht, wie bei Adorno, das Umschlagen von Aufklärung in Herrschaft zum Problem, sondern der Geltungsanspruch des Denkens an sich. Entsprechend sieht Foucault 'den Gegensatz zwischen dem Wahren und dem Falschen selbst' als eine willkürliche diskursive Setzung der griechischen Philosophie seit Platon. Die menschliche Fähigkeit zum logischen Unterscheiden setzt er zur bloßen westlichen Konvention herab und verknüpft sie zudem mit Disziplinierung und Kolonialismus. Im Gegenzug erscheint ihm eine politische Einheit, welche sich vermeintlich spontan, nämlich ohne differenzierende Denkprozesse herstellt, auf einmal erstrebenswert: Spiritualität heißt das Zauberwort einer solchen vernunftkritischen Wende zur Esoterik.

Im zweiten Teil des Artikels werden Foucaults Konzepte von Macht und Diskurs kritisch beleuchtet.

„Die Freiräume wurden Freiräume für Missbrauch“

Ein Interview mit dem Forscher und GEW-Kollegen Heiner Keupp über sexuellen Missbrauch an der Odenwaldschule

Von Katharina Kracht

Über Jahrzehnte gab es sexuellen Missbrauch an Schüler*innen der Odenwaldschule (OSO). Insgesamt 33 namentlich genannte Lehrkräfte werden beschuldigt. Die Haupttäter waren Gerold Becker (1936-2010), Schulleiter von 1972-1985, und der Musiklehrer Wolfgang Held. Bei einer Stiftung haben sich bislang 140 Betroffene gemeldet. Betroffenenverbände gehen von deutlich höheren Zahlen aus.

Den 1999 in der *Frankfurter Rundschau* erhobenen Beschuldigungen wurde zunächst kaum nachgegangen. Erst 2010, nach der Aufdeckung des Missbrauchs am Canisiuskolleg, begann die ernsthafte Auseinandersetzung.

Im Juli 2010 starb Becker an einem Lungenleiden. Im selben Jahr erschien die Aufarbeitungsstudie der Juristinnen Claudia Burgsmüller und Brigitte Tillmann. 2015 musste die Odenwaldschule Konkurs anmelden.

Mehrere Dokumentationen, darunter Christoph Röhl's „Geschlossene Gesellschaft“, beschäftigen sich mit dem Missbrauch an der Odenwaldschule.

Heiner Keupp ist emiritierter Professor für Sozialpsychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er ist Mitautor der sehr lesenswerten Studie *Die Odenwaldschule als Leuchtturm der Reformpädagogik und als Ort sexualisierter Gewalt. Eine sozialpsychologische Untersuchung* (Springer 2019). Er ist Mitglied der Unabhängigen Aufarbeitungskommission beim Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung (UBSKM) und seit 50 Jahren Mitglied der GEW. Eine Filmempfehlung: *Die Auserwählten*, Deutschland 2014, Regie: Christoph Röhl (www.ardmediathek.de)

Die Odenwaldschule (OSO) hat ja eine ganz besondere Geschichte.

Anfang des 20. Jahrhunderts entstand die OSO aus pädagogischen Reformbewegungen. Auch da gab es schon Hinweise, dass Grenzen nicht gut gewahrt wurden. Die Nazis haben die OSO geschlossen. Nach 1945 kamen viele zurück, die aus einer reformpädagogischen Tradition kamen, im Widerstand waren und die als Juden emigrieren mussten.

Es sollte eine demokratische Erziehung entstehen, die den Autoritarismus und den Untertanengeist überwinden sollte, der dem Faschismus zugearbeitet hatte. Es gab viele prominente Unterstützer*innen, z.B. Hellmut Becker, den Direktor des Max-Planck-Instituts. Daneben auch die „Protestantische Mafia“, also Georg Picht, Gräfin von Dönhoff, Hartmut von Hentig. Prominente Familien schickten ihre Kinder zur OSO (z.B. Richard von Weizsäcker, Walter Jens) Es war klar: Das ist eine der tollsten Schulen, die man sich vorstellen kann.

Was war denn das besondere an der OSO? Wie zeigte sich das auf praktischer Ebene?

Die OSO liegt in einer wunderschönen Gegend, verschiedene Häuser verteilt in einem von Wald umgebenen Gelände. In diesen Häusern gab es meist zwei sogenannte „Familien“. Dort lebten die Lehrkräfte, teilweise mit ihren eigenen Familien, und man hat ihnen dann dort eine meist altersheterogene Gruppe an Kindern zugeordnet. Das war ganz anders als in



Heiner Keupp,
Professor für Sozialpsychologie



anderen Internaten zu der Zeit, wie z.B. im Kloster Ettal, wo bis zu 50 Jungs in einen Raum gesteckt wurden.

Es gab bei diesen „Familien“ der OSO eine Freiwilligkeit. Man konnte sich bewerben, oder die Leiter der Familien konnten sich Kinder aussuchen. Das klingt im ersten Moment sympathisch. Aber das Hauptproblem war: Es gab überhaupt kein familienpädagogisches Konzept. Kontrollmechanismen gab es nicht. Das hat man dem freien Spiel der reformpädagogischen Illusionen überlassen. Die Lehrkräfte wurden einfach damit konfrontiert. Da waren die Lehrer nach dem Unterricht auf einmal mit den gleichen Kindern in einer familienähnlichen Struktur. Dabei ist die Regulation von Nähe und Distanz ein ganz besonderes, aber ein total vernachlässigtes Thema. Das ist auch die Hauptkritik. Man hätte von Anfang an genauer überlegen sollen: Wie kann man Schule und familienähnliche Struktur sinnvoll miteinander verbinden? Welche Grenzbeziehungen braucht man? Und wie kann man die Lehrkräfte bilden, die eine Aufgabe übernehmen, auf die sie im Studium überhaupt nicht vorbereitet wurden?

Wie entstand das Milieu, in dem der vielfache Missbrauch geschah?

Irgendwann kam ein evangelischer Theologe, der in Göttingen in Pädagogik hatte promovieren wollen – Gerold Becker. Ab 1972 war er Schulleiter der OSO. Es hatte dort curriculare und didaktische Entwicklungen gegeben, auch einen klaren

freien Schule gestalten, hat die Zugangswege für pädophile Täter erheblich erleichtert. Ob das der Hauptgrund war, warum Becker diese Linie vertrat, ist gar nicht wichtig. Es ist Tatsache, dass diese Freiräume auch Freiräume für Missbrauch wurden.

Was können Sie über die Art des Missbrauchs sagen?

Es geht nicht um Einzelfälle. Es gab neben einigen übergriffigen Lehrpersonen zwei Haupttäter, neben Becker den Musiklehrer Held. Der hat im Unterricht eine Schallplatte aufgelegt und er ist mit einem Jungen dann abgehauen. Er hat fast jeden Mittag einen Schüler zu sich ins Haus mitgenommen und in aller Regel ist das nicht nur ein gemeinsames Musikhören gewesen. Von Becker wird gesagt, dass er schon morgens gerne mit Schülern geduscht hat, sie eingeladen hat, mit ihnen Alkohol konsumiert hat. Er hatte einen großen Vorrat von Alkohol in seinem Büro. Manche durften sich uneingeschränkt bedienen und es war so, dass er sie im Gegenzug immer wieder missbraucht hat, teilweise hundertfach.

Da ist viel Sexualität gelaufen – angeblich einvernehmlich, mit Schülern ab 12 Jahren. Der Mythos der Einvernehmlichkeit ist ein ganz großer. Da sind dramatische Dinge gelaufen. Es gab wahnsinnig viele Übergriffe dieser Art, die nie zur Anzeige kamen.

Von den beiden Juristinnen, die die erste Studie gemacht haben, werden auch noch andere Täter benannt.

„Der Mythos der Einvernehmlichkeit ist ein ganz großer. Da sind dramatische Dinge gelaufen. Es gab wahnsinnig viele Übergriffe dieser Art, die nie zur Anzeige kamen.“

Regelkanon, mit dem Ziel, demokratische Erziehung zu entwickeln. Das war damals sehr fortschrittlich. Becker hat das als „überreguliert“ bezeichnet, als bürokratisch, zu wenig von vitaler Kraft ausgezeichnet.

Becker kam mit dem Schwung von 1968 und instrumentalisierte ihn. Er galt als jemand mit neuen Ideen, der den alten, verklemmten Umgang mit Sexualität nicht mehr mitmacht. Das würde ich auch uneingeschränkt verteidigen – aber nur, wenn man zugleich darauf sieht, an welchen Stellen diese Öffnung Missbrauchskanäle geöffnet hat. Das kann man ja auch an Kentler sehen.

Becker jedenfalls hat viele Schüler*innen begeistert mit dem Argument, wir müssen uns kein starres Regelsystem aufzwingen, wir kriegen das diskursiv und gemeinsam hin.

Das Argument, wir wollen die Schule öffnen und Richtung einer

Wie konnten die Täter so lange ungehindert handeln?

Als Becker kam, gingen ein paar Kolleg*innen, die in Opposition zu seiner Linie standen. Das war aber nicht medienwirksam. Andere waren abhängig, weil sie z.B. Opfer der Berufsverbote waren. Die waren dankbar, an der OSO zu arbeiten, weil sie so viele Ausgrenzungsprozesse im staatlichen System erlebt hatten. Das hat natürlich Loyalität gegenüber Becker geschaffen. Wenn sie Beobachtungen nach außen getragen hätten, hätten sie ihren Job verloren.

Manche Lehrkräfte sagen, bei dem Musiklehrer hatten sie ein komisches Gefühl. Aber sie sind dem nicht weitergegangen. Wenn sie zu Becker gegangen sind, hat der beschwichtigt, weil er ja selber in dem Glashaus mittendrin saß. Und er war einfach eine herausragende Figur der Reformpädagogik. Die Medien haben die narzisstische Selbstverliebtheit um diese Szene ja

„Der wirklich große Flurschaden besteht darin, wenn alle reformpädagogischen Initiativen in Verdacht geraten. Wir brauchen weiterhin gute reformpädagogische Versuche aller möglichen Art.“

auch mitgetragen. Die ZEIT-Herausgeberin ist Hinweisen nicht nachgegangen. Andere haben ihm einen Persilschein ausgestellt, selbst, nachdem viele Vorwürfe schon öffentlich waren. Wenn Täterfiguren in den Medien vorgestellt werden, entsteht das Bild, das sind Sadisten. Das gibt es auch, natürlich. Aber das sind auch oft Leute, die andere für sich begeistern können, Verständnis zeigen, einen Zugang finden, z.B. wenn Kinder und Jugendliche sich einsam und verlassen fühlen. Und wer will da einen beliebten Lehrer an die Wand nageln?

Es hat auch klares Versagen des Staates gegeben. Es gab viele Kinder und Jugendliche, die waren über das Jugendamt da. Dieses musste oft die Berichte anmahnen. Die hat Becker dann mit einer großartigen Verschleierungssprache hingekriegt, so dass nicht die Institution mit einem kritischen Blick beleuchtet wurde, sondern dass man auf die Pathologie der Kinder, die Schwierigkeiten ihrer Herkunft zurückführte. Was in den Akten steht, haben Betroffene als unsägliche Degradierung ihrer Persönlichkeit bezeichnet. Das Jugendamt hat immer mehr Kinder dorthin geschickt.

Was bedeutet das für die Reformpädagogik?

Die OSO war nicht mehr zu retten. Die Schule in dieser Form musste beerdigt werden. Das haben auch die Leute der Betroffeneninitiative Glasbrechen gefordert.

Die Abwicklung der OSO hat viele, die ohnehin skeptisch waren, bestärkt. Ich bin nicht der Meinung, dass die Reformpädagogik sich mit der OSO selber das Grab geschaufelt hat. Es muss genauer analysiert werden: Woran ist diese Schule gescheitert? Hat sie das Potenzial der Reformpädagogik mit in die Grube verfrachtet? Der wirklich große Flurschaden besteht darin, wenn alle reformpädagogischen Initiativen in Verdacht geraten. Wir brauchen weiterhin gute reformpädagogische Versuche aller möglichen Art.

Welche Änderungen brauchen wir an Schulen?

Die Untersuchungskommission hat ja jetzt eine Kampagne gestartet, mit Schulen als Schutzort, wo Schutzkonzepte entwickelt werden.

Da macht Bremen auch mit. Jede Schule muss ein Schutzkon-

zept entwickeln.

Das ist ein wichtiger Schritt. Und dann geht es auch darum, Schulen als Tatort in den Blick zunehmen, diese zu analysieren, wie wir das mit der OSO gemacht haben. In der Aufarbeitungskommission sammeln wir gerade dazu Geschichten. Wer sexualisierte Gewalt in der Schule erlebt hat, kann sich melden und seine Erfahrung dokumentieren. Auch Zeitzeug*innen können das.

Dabei soll ja auch die Rolle der GEW erforscht werden.

Die GEW ist in der Zeit ganz groß geworden, als auch Becker Schulleiter an der OSO wurde. Wie alle anderen Organisationen aus der Zeit, hat die GEW noch Aufarbeitung vor sich. Sie hat jetzt damit angefangen. Frau Tepe hat schon mit Mitgliedern der Aufarbeitungskommission beim UBSKM gesprochen. Sie ist sehr bereit, sich diesem Thema zu widmen. Zwei Wissenschaftlerinnen, Professorin Edith Glaser und Friederike Thole, die auch beide GEW-Mitglieder sind, beschäftigen sich damit. Da steht noch historische Rekonstruktion und Reflexionsarbeit an: Was haben wir getan – nicht nur um unsere revolutionären Wünsche zu erfüllen, sondern auch dabei nicht zu vernachlässigen, dass es um Kinder geht, die nicht alle unbedingt auf einen guten Weg gebracht werden. ■



Keupp, H., Mosser, P., Busch, B., Hackenschmied, G., Straus
Die Odenwaldschule als Leuchtturm der Reformpädagogik und als
Ort sexualisierter Gewalt. Eine sozialpsychologische Perspektive
Springer 2019

Mögliche Verbesserungen für Berufsschullehrkräfte

Urteil zur Anerkennung förderlicher Zeiten beim Berufseinstieg

Von Gerd Rethmeier

Jedes Anstellungsverhältnis beginnt mit der Ermittlung der richtigen Vergütung-/ Besoldungsgruppe und der Zuordnung zu einer Stufe. Die Verfahren im Angestellten- und Beamtenverhältnis unterscheiden sich dabei grundsätzlich. Nachfolgend soll auf die Besonderheiten der Stufenermittlung bei verbeamteten Berufsschullehrkräften eingegangen werden, so dass für Angestellte nur auf die Regelung in § 16 Abs. 2 TV – L hingewiesen wird. Hierbei wird auf einschlägige Berufserfahrung abgestellt, deren Vorliegen von einem Jahr die Einstellung in Stufe 2, von drei Jahren und mehr in Stufe 3 bewirkt. Ein sehr wichtiger Unterschied zur beamtenrechtlichen Einstufung besteht hierbei darin, dass bei der Entscheidung über die Frage, ob die vorliegende Berufserfahrung auch einschlägig ist, der Personalrat volles Mitbestimmungsrecht hat. Dieses gibt es bei Beamten nicht.

Der Ausgangsfall:

Der Kläger hatte hauptberufliche Tätigkeiten in vollem Umfang als förderlich für seine Tätigkeit als Berufsschullehrer beantragt, darüber hinaus den vor Studiumsbeginn absolvierten Zivildienst. Dieser wurde gar nicht, die beruflichen Erfahrungen entweder gar nicht oder nur zu einem Bruchteil anerkannt.

Maßgeblich für die Anerkennung von Erfahrungszeiten in der Stufenzuordnung ist § 25 BremBesG, sowie die darauf aufsetzenden Verfahrenshinweise der Performa. Diese geben zur Anerkennung vorheriger Berufszeiten Bruchteile vor, so dass z. B. eine vor der Einstellung, aber nach dem 2. Staatsexamen ausgeübte Lehrertätigkeit im Verhältnis 1:1, sonstige berufliche Tätigkeiten nur im Verhältnis bis zu 1:8 anerkannt werden. Das Vorliegen von beruflichen Erfahrungszeiten prüft die Bildungsbehörde, die Bescheiderteilung obliegt dann wieder der Performa.

Das Verwaltungsgericht Bremen hatte bereits einige Stufenzuordnungen kassiert. Das vorstehend skizzierte Quotierungsverfahren geht auf eines dieser Entscheidungen zurück. Dabei ist anerkannt, dass der Begriff der Förderlichkeit als unbestimmter Rechtsbegriff der vollen gerichtlichen Kontrolle unterliegt.



Dies betrifft aber nur die grundsätzliche Frage, das Maß der Förderlichkeit muss aus Fachgesichtspunkten von der Behörde bestimmt werden. Eine Ermessensreduktion auf null kommt dabei so gut wie gar nicht vor. Dies bedeutet, dass die Behörde immer nur zur Neubescheidung unter Berücksichtigung der Rechtsauffassung des Gerichts verurteilt werden kann. Ein gerichtlich durchsetzbarer Anspruch auf die beantragte volle Berücksichtigung von Vorbeschäftigungszeiten bei der Erfahrungsstufenfestsetzung besteht daher nicht.

Notwendige berufliche Erfahrung

Dennoch urteilte das Gericht Ende Juni, dass bestimmte Erfahrungszeiten anders festzusetzen seien und hob den Bescheid der Behörde insofern und auch im Hinblick auf den Zivildienst auf. Dem Kläger war es in der mündlichen Verhandlung im Sachvortrag gelungen, umfänglich die Notwendigkeit beruflicher Erfahrung im Konzept der beruflichen Handlungskompetenz für die berufliche Bildung und ihre Didaktik darzulegen. Es wurde deutlich, dass handlungsorientierter Unterricht als didaktisches Konzept, das fach- und handlungssystematische Strukturen miteinander verschränkt, ohne betriebliche Anwendungserfahrung nicht funktioniert. Da diese Erfahrungen über Studium und Referendariat hinaus erhebliche und in diesem Sinne notwendige Zeit beanspruchen, seien sie auch anzuerkennen.

Die schriftliche Begründung des Urteils liegt noch nicht vor, der Tenor der Entscheidung wurde bisher nur fernmündlich übermittelt. Dennoch dürfte interessant sein, dass danach auch ein zehn Jahre zurückliegender Zivildienst anerkennungsfähig wird, wenn die nachfolgende Ausbildung einschließlich der hauptberuflichen Elemente ohne Unterbrechung durchgeführt wurde.

Über die Urteilsgründe werde ich weiter berichten, da sie wichtige, weitere Hinweise für neu eingestellte Berufsschullehrkräfte enthalten werden. ■

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene Mitglied gibt es eine unserer Prämien.*



Weinset der Lebenshilfe



Kurierrucksack



Powerbank Poki



30-Euro-Spende



Vier CinemaxX-Gutscheine



Bluetooth-Box



Kräuter-Anzuchtset



Gewürzbox Allrounder



Bentobox Himeji



Zwei Fahrradtaschen



Multihacker



30-Euro-Spende

**Neues Mitglied werben und weitere Prämien ansehen
unter: www.gew.de/praemienwerbung**

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

**Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211**

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

GEW-Landesverband

Telefon Fax

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

Schule unten gestalten, nicht oben verwalten

Nicht mit uns: Zur GEW-Initiative „Partizipative Schulkultur in Bremen – Schule gestalten mit Allen für Alle“

Von Kai Reimers

Immer mehr wird Schule für alle Beteiligten zu einer mühseligen Veranstaltung. Es gibt wohl kaum noch jemanden, ob Schüler, Eltern oder Beschäftigte, die nicht über den aktuellen Zustand der Bildungsinstitution „Schule“ klagen. Reformpädagogische Diskussionen zur Neugestaltung von Schule finden dabei kaum noch statt und wenn dann außerhalb von Schule. In Schule wird nur noch der Status quo verwaltet: Schulbehörde und Schulleitungen versuchen nur noch den schlecht ausgestatteten Schulbetrieb irgendwie administrativ am Laufen zu halten. Eine Schul- und Unterrichtsentwicklung, die eine Vision von Schule im 21. Jahrhundert entwickelt, unter Einbezug der Bedürfnisse von Schülern und Eltern sowie der Expertise der Beschäftigten findet nicht statt.

Stattdessen verstärkt die Coronakrise diese bedenkliche Entwicklung noch: Nicht nur die Hygienemaßnahmen werden auf dem Behörden- und Verordnungsweg angeordnet. Auch die komplette Neustrukturierung der Unterrichtsarbeit durch den Wechsel- und Distanzunterricht sowie die Einführung der Ipad's erfolgte weitgehend ohne Beteiligung der Beschäftigten. Ließe sich das vielleicht noch mit der Notstandssituation der Pandemie erklären, so ist trotzdem zu befürchten, dass auch nach der Krise an diesem „erprobten“ Behördendirigismus festgehalten wird: Weitere digitale Innovationen werden folgen werden, die so steht zu befürchten, uns Beschäftigten ebenfalls nach dem Top-Down-Modell übergestülpt werden.

Was folgt daraus für uns an Schule Beschäftigte und für die GEW als gewerkschaftliche Interessenvertretung?

Die Gewerkschaft droht ihren Einfluss auf Entscheidungen im Bildungsbereich zu verlieren. Sie kommt zunehmend in die



Situation, Entscheidungen der Bildungspolitik und Behörde nur noch im Nachhinein kritisieren zu können.

Gleichzeitig führen die Verdichtung der schulischen Arbeit und die verringerten Mitbestimmungs- und Kommunikationsmöglichkeiten an Schule zu einer zunehmenden Arbeitsüberlastung gerade auch jüngerer Kolleg*innen. Die Bereitschaft zu bildungspolitischem oder gewerkschaftlichem Engagement nimmt darum ab. Die GEW droht ihre Verankerung in den Kollegien zu verlieren.

Wollen wir als Beschäftigte also auch zukünftig die Schul- und Unterrichtsentwicklung und damit auf unsere Arbeitsbedingungen Einfluss nehmen, so muss die Frage der Mitbestimmung und Partizipation im Bildungsbereich im Zentrum unserer gewerkschaftlichen Forderungen stellen.

Gemeinsame Gegenwehr tut not!

An jeder Schule und in jedem Kollegium!

Zentraler Ansatzpunkt ist dabei vor Ort an der Schule die Stärkung der Gesamt- und Schulkonferenzen: Es ist auf gewählte Konferenzleitungen zu drängen, die regelmäßig im Vorfeld von Konferenzen die Themenwünsche der Kolleg*innen abfragen, um anschließend gemeinsam mit der Schulleitung die Tagesordnung festzulegen und zeitlich zu strukturieren. Dabei ist eine Antrags- und Beratungskultur zu entwickeln, die auf klar formulierte Beschlussanträge und auf Beschlusskontrolle Wert legt.

„Eine Schul- und Unterrichtsentwicklung, die eine Vision von Schule im 21. Jahrhundert entwickelt, unter Einbezug der Bedürfnisse von Schülern und Eltern sowie der Expertise der Beschäftigten findet nicht statt.“

Darüberhinaus sollten schulinterne Fortbildungen genutzt werden, um sich im Kollegium über Workshops und Plenen regelmäßig zu Fragen der Schul- und Unterrichtsentwicklung auszutauschen und zu beraten. Schulentwicklungsgruppen oder Steuerungsgruppen können aus der Gesamtkonferenz eingerichtet werden, um diesen Prozess zu unterstützen.

Der zentrale Ansatz:

Partizipation und Schulkultur entwickeln

Zielsetzungen der Schul- und Unterrichtsentwicklung aus dem Kollegium sind eine Schulkultur der gegenseitigen Wertschätzung und Teamkooperation, die Entschleunigung und Entdichtung der Schularbeit, die aktive Ausgestaltung des eigenen Schulprofils und Schullebens unter Beteiligung von pädagogischem Personal, Lehrkräften, Schüler*innen und Eltern. Die GEW sollte ausgehend von den Fachgruppen und den Vertrauensleuten eine Initiative „Partizipative Schulkultur – Schule gestalten mit Allen für Alle“ starten, in der Ideen und Positionen zur Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung gesammelt und ausgearbeitet werden. Inhaltliche Punkte der Mitbestimmung wären zum Beispiel: die Rechenschafts- und Transparenzpflicht der Schulleitungen, ausgeweitete Rechte von Gesamt- und Schulkonferenzen, die Ausweitung der Aufgaben und Rechte der Personalausschüsse usw.

Ein solches Positionspapier (Handlungsleitfaden) könnte in den gewerkschaftlichen Diskussionsprozess einfließen und

dort überarbeitet werden. In einem zweiten Schritt könnte dann überlegt werden, ob in Zusammenarbeit mit den Parteien daraus ein Gesetzesentwurf gestaltet werden kann. ■



Kai Reimers, Lehrer

Wochenendseminar

"Schulentwicklung an Oberschulen demokratisch gestalten – Wie bringen wir uns ein?"

Fr. 12.11.2021, 15.30 Uhr – Sa. 13.11.2021, 13.00 Uhr
Bildungsstätte Bad Zwischenahn

Wir beschäftigen uns mit der Frage, wie sich die Oberschule als Lebensraum und Arbeitsplatz für Schüler*innen und Lehrer*innen so gestalten lässt, dass sich eine hohe Berufszufriedenheit, persönliche Entwicklungsräume sowie pädagogisches Engagement auch über ein langes Berufsleben erhalten lassen. Hierzu sollen mit den Seminarteilnehmenden konkrete Handlungsmöglichkeiten erarbeitet werden. Ein Seminar der GEW-Fachgruppe Oberschule - Eine Schule für Alle; Anmeldung einfach über info@gew-hb.de

Leserbriefe



Bitte keine weitere Maschinenstürmer-Positionen

Der Wahrheitsgehalt der Behauptung, dass Digitalisierung in Bremer Schulen zwischenmenschliche Beziehungen be- oder verhindert oder sie gar ersetzen soll, wird durch ständige Wiederholung nicht größer. Die Debatte um ein vermeintliches Entweder – Oder geht mir auf den Wecker. Die Lehrkräfte und Gewerkschafter:innen, die sich über Digitalisierung – und zwar in sinnvoller Weise – Gedanken machen, wollen weder Kunst, Musik, Sport und Zwischenmenschliches abschaffen, noch sind sie von Zuckerberg, Microsoft oder Apple gekauft. Was habt Ihr Digitalisierungs-Gegner denn in den letzten Monaten gemacht? Euch heimlich getroffen, damit das Virus Euch nicht findet? Wie viele Familien, Freundeskreise, Ältere, ... konnten per Videokonferenz Kontakt halten, sich austauschen, zwischendurch mal der Einsamkeit entfliehen. Die Schulen, die in den vergangenen zehn oder zwanzig Jahren sukzessive die Nutzung digitaler Medien überlegt entwickelt haben, hatten in Zeiten von Schulschließungen deutlich bessere Möglichkeiten, ihre Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Wer nicht mit digitalen Medien umgehen kann, ist von vielen Informationen ausgeschlossen, von vielen Angeboten abgehängt.

Es geht um die Analyse der Chancen und Risiken, um Möglichkeiten und Grenzen, um die Entwicklung von Forderungen zum Medieneinsatz, um Teilhabe aller, hier vor allem unserer Schülerinnen und Schüler, die beim Lernen besondere Unterstützung brauchen. Digitalisierung geht nicht irgendwie demnächst wieder vorbei. Daddeln reicht nicht für einen guten Job. Wer heute im Berufsleben bestehen will, kommt um fundierte Medien-Kompetenz nicht herum. Gerade Kinder aus bildungsfernerem Milieu haben oft große Schwierigkeiten, Medien sinnvoll zu nutzen und sich in textlastigen Bildschirm-(Lern-)Szenarien zurechtzufinden. Da sind Konzepte gefragt, Forderungen zu formulieren.

Ebenso zum Thema Arbeitszeit, um Entgrenzung und weiteren Überstunden durch Parallelität von Präsenz- und Distanzunterricht entgegenzuwirken. Bitte guckt auch mal nach den Positionen der Bundes-GEW, auch da ist Sachverstand versammelt. Ein Ingo Leipner als Aushängeschild der Bremer GEW und diese „Weg-mit-...“-Positionen sind mir einfach nur peinlich bis ärgerlich. Eine Vielzahl an Kolleginnen und Kol-

legen, die mitten im Berufsalltag stehen, finden sich in diesen Positionen nicht wieder. Maschinenstürmer haben noch nie die Zukunft gestaltet (wenn ich es richtig sehe, erübrigt es sich hier zu gendern).

... schimpft eine, die sich die letzten 35 Jahre um Datenschutz und -sicherheit, Software-Ergonomie, Rollenklischees in Lernsoftware, um Medienkritik und Medienrecht, um Inhalte, Methoden und Konzepte und noch viel mehr gestritten hat. Wenn dem neuen ansprechenden und frischen, zeitgemäßen Aussehen der BLZ, zu dem ich herzlich gratuliere, nun auch die Inhalte im Hinblick auf dieses Thema sich entsprechend zeigen – das wäre schön.

Inge Voigt-Köhler

Erwiderung auf Leserbrief von Inge Voigt-Köhler

Vorweg: Wir haben über diverse Plattformen einen regen digitalen Austausch gehabt, klar, ist aber hier keine Bewertung. Frage ist, warum „wir“ als „Digitalisierungsgegner“ herhalten müssen, wenn wir einem Autor Raum geben, der einen kritischen Blick auf zumindest die Digitalisierung in der Grundschule wirft, den uns die Befürworter leider bisher nicht liefern konnten: Wie sieht der von allen geforderte „kritische“ Umgang mit Medien in dieser Altersstufe konkret aus? Warum werden die gestellten Fragen immer wieder umgangen: Gesundheit für Augen und Rücken, Multitasking, ständige Präsenz an Geräten, Überforderung sich entwickelnder und wachsender Gehirne, Konsum von Minimum 4 Stunden am Tag, Nachweise von Lernerfolgssteigerung besonders in Coronamonaten, Unterrichtserleichterung durch gute Ausstattung, ausreichende Kabel-Leitungen (statt WLAN-Strahlung), Schulungen und Fortbildungen, Administratorinnen in der Schule, Sinken der Lernleistung im Distanzunterricht...

Insgesamt haben wir da ein riesiges Testfeld mit Kindern, nicht mehr und nicht weniger. Auch die GEW-Gremien haben für die Altersklasse Kita-GS bisher nicht Stellung genommen. Wie toll z.B. Projekte in der Sekundarstufe laufen können, wie Digitales Unterricht bereichern kann, dafür hat der Autor doch plädiert. Und die Redaktion und viele andere in der Pädagogik benutzen Geräte regelmäßig. Was soll der Vorwurf der „Maschinen-



stürmerei“? Du schreibst ja selbst: „Da sind Konzepte gefragt, Forderungen zu formulieren. Ebenso zum Thema Arbeitszeit, um Entgrenzung und weiteren Überstunden durch Parallelität von Präsenz- und Distanzunterricht entgegenzuwirken.“ Frage ist natürlich, ob es die Aufgabe der GEW sein muss, die Digitalisierung voranzutreiben unter den von dir hier genannten Problemfeldern. Oder es geht uns wie mit der Inklusion. Fast alle waren für die Einführung unter nicht vorhandenen Bedingungen, viele sind heute ziemlich enttäuscht. Und natürlich stimmen wir dir zu: „Digitalisierung geht nicht irgendwie demnächst wieder vorbei.“

Wem schadet die kritische Begleitung und Diskussion auch als pädagogisches Ziel?

Wilfried Meyer

Nach der ist vor der Pandemie

Diesen Ausspruch habe ich mehrfach gehört und er hat ja auch seine Berechtigung, weil die Bedingungen für den Ausbruch einer Pandemie erhalten bleiben. Mich hat dieser Ausspruch dazu inspiriert, mich zu fragen, was denn in Vorbereitung auf eine neue Pandemie zu tun sei. Hier eine kleine Auswahl meiner Ideen: - Das Meldesystem der Gesundheitsämter sollte so digitalisiert sein, dass schnelle Übermittlung und Zusammenführung der Daten von Erkrankten möglich sind. Die Daten, die erhoben werden, sollten eine Statistik ermöglichen, die dazu beiträgt, genauer herauszufinden, wie sich der Krankheitserreger verbreitet (wo hat der oder die Kranke eingekauft, welche Verkehrsmittel hat er oder sie benutzt, wo und als was ist er oder sie beruflich tätig). - Der Infektionsschutz besonders gefährdeter Personenkreise zum Beispiel in Altenheimen sollte durch das Pflegepersonal eingeübt und die dazu notwendigen Materialien bevorratet werden. - Belüftungssysteme, die für eine schnelle Entfernung gefährlicher Aerosole sorgen, sollten entwickelt und in Krankenhäusern installiert werden, aber auch für die Installation zum Beispiel in Klassenräumen bereitstehen. - viel wäre noch zur Digitalisierung an Schulen zu sagen

Der leider gar nicht komische Witz liegt darin, dass 2012 eine Studie erarbeitet und im Januar 2013 veröffentlicht wurde, die die Gefahr einer Pandemie beschreibt. (Drucksache 17/12051

des deutschen Bundestags). Alle oben geäußerten Ideen hätten auch im Bundesgesundheitsministerium entwickelt und auf ihre Realisierung hätte hingearbeitet werden müssen. Die Äußerung jedenfalls, dass niemand mit einer solchen Pandemie hätte rechnen können, weist auf nicht gemachte Hausaufgaben hin.

Werner Begoihn

Nachruf

Wir trauern um den langjährigen GEW-Schatzmeister (von 1969 bis 1981) und Personalrat **Rudolf Schiffler**. Er war 45 Jahre GEW-Mitglied.

Der Landesverband der GEW-Bremen

DFG-VK
DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT -
VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN

»Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.«

**Landesverband
Niedersachsen-Bremen**
e-mail: bremen@dfg-vk.de
e-mail: nds-hb@dfg-vk.de
www.dfg-vk.de

Wir suchen Mitglieder, die

sich bei uns engagieren wollen

Ihr könnt eigene Ideen mit einbringen!

FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN

KEIN WETTRÜSTEN

Friedlich denken allein ändert nichts

Mach mit – sei dabei!

Wie heißt die BLZ in Zukunft?

Aufruf zur Vor-Abstimmung: Bitte beteiligt euch!

Von Swantje Hüskén

Der neue Name für die Bremer Lehrer-Zeitung ist noch nicht gefunden. Die Redaktion erreichte nach dem Aufruf in Heft 2 weitere Vorschläge, die wir euch für eine Erst-Aus-Wahl präsentieren wollen. Allen Aktiven sagen wir: Herzlichen Dank! Wir kommen voran – erst im Layout, nun voraussichtlich mit neuer, die Vielfalt der GEW auszeichnenden, Betitlung der Mitgliederzeitschrift. Diese hat immerhin eine Auflage von 5.500 Exemplaren.

Per Mail bis zum 20. September

Wir berufen uns im Folgenden auf 5.000 GEW-Mitglieder, die die eingereichten Entwürfe hiermit in der Hand halten und im Vorlauf zum Bremischen Gewerkschaftstag 2021 die erste Abstimmung vornehmen können. Nicht alle Vorschläge können dem Gewerkschaftstag vorgelegt werden (folglich bräuchten wir einen Tag für die Wahl des neuen Namens). Daher lassen wir erneut eine Eingrenzung durch euch vornehmen, um wie gewünscht den Prozess der Entscheidung transparent zu gestalten. Wir setzen das Quorum für die Teilnahme an dieser Erst-Abstimmung bei fünf Prozent an. Das entspricht ca. der dreifachen Menge der Delegierten für den Gewerkschaftstag. Und es folgt der Idee, dass es mindestens 250 Menschen gibt, die sich für die Zukunft des neuen Namens einsetzen wollen.

Per Mail könnt ihr eure Stimme an blz@gew.de bis zum 20. September abgeben. Ein Mensch = eine Stimme. Kennzeichnet in eurer Mail bitte den von euch priorisierten Vorschlag und hinterlasst euren vollständigen Namen und einen Hinweis, wo ihr tätig seid (z.B. Kita xy). So gehen wir auf Nummer sicher, dass nur Mitglieder an der Abstimmung teilnehmen.

Delegierte haben letztes Wort

Ziel ist es, mindestens drei, aber auch nicht mehr als fünf Namensvorschläge dem Bremischen Gewerkschaftstag vorzulegen, über den dann die diesjährigen Delegierten letztendlich abstimmen.

Die Ergebnisse dieser Erst-Wahl präsentieren wir in Heft fünf. Vorschläge, die die Fünf-Prozent-Hürde der abgegebenen Stimmen nicht erreichen, fliegen von der Liste. Alles andere sortiert sich logischerweise nach Mehrheiten in die Plätze eins bis drei ein. Bei Stimmgleichheit ab Platz drei füllen wir auf bis Platz fünf. Sind dann weitere, nachrangige Plätze von Stimmgleichheit betroffen, bleibt es bei den Plätzen eins bis drei mit den meisten Stimmen. Los geht's – wir setzen auf euren Aktivismus und euer grenzenloses Mitwirken! Sachdienlicher Hinweis: Wird das Quorum für diese Erst-Aus-Wahl nicht erreicht, gilt dieses Verfahren als gescheitert.



Titelvorschläge (alphabetische Reihenfolge)

Aufwind

BBM – Bremer Bildungs Magazin

Bildungs.Punkt

Bildungsnah

Blinz

Blitz

BLOG

(Bildung und Lehre, organisierte Gewerkschafter*innen)

BLZ – Bildung Leben Zukunft

Brennpunkt.Bildung

GEWitzt

Buchtipps zusammengestellt von der Redaktion



Ich bin keine Heldin

Carla Del Ponte, Westendverlag, 2021, 18,00 €

Carla Del Ponte: „Ende 2019 lag die Zahl der Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befanden, bei 79,5 Millionen – das ist mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung und doppelt so viel wie noch im Jahr 2010. Mehr als zwei Drittel der geflohenen Menschen stammen aus fünf Ländern: Syrien, gefolgt von Venezuela, Afghanistan, Südsudan und Myanmar. Die Gründe sind vielfältig: Armut, Perspektivlosigkeit, die Folgen des Klimawandels – viele Aspekte spielen eine Rolle. Die Hauptursache ist jedoch: Gewalt.

Die Verbrecher, die für dieses millionenfache Leid verantwortlich sind, kommen trotz Völkerrecht und Internationalem Strafgerichtshof ungesühnt davon. Sie werden nicht zur Verantwortung

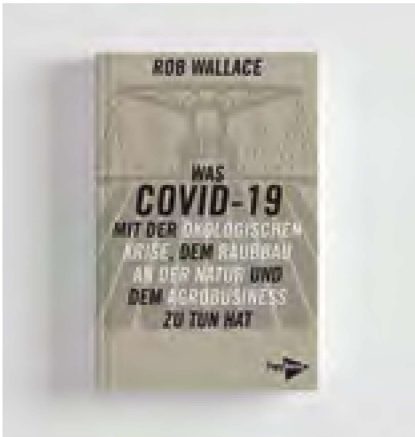
gezogen. Unsere Hoffnung, dass die Zivilbevölkerung nach den ersten internationalen Tribunalen besser geschützt sei, hat sich offensichtlich nicht erfüllt. Wir glaubten, dass die Präsidenten, Minister und Generäle dieser Welt nach diesen Urteilen auch bei bewaffneten Konflikten darauf achten, die Zivilbevölkerung zu schützen und sich an das Kriegsrecht zu halten. Die abschreckende Wirkung der Tribunale hat aber nie eingesetzt, und die Drahtzieher der Gewaltexzesse setzen nach wie vor auf Straflosigkeit. Denn obwohl es seit 2002 den Internationalen Strafgerichtshof gibt, ist internationales Recht nach wie vor abhängig vom politischen Willen einzelner Staaten. Und, ich wiederhole mich, dieser Wille fehlt.“ In einem flammenden Plädoyer fordert Del Ponte die Durchsetzung des Völkerrechts, notwendige Reformen der UN sowie eine aktive Rolle der EU.



Unkonventionelle Zugänge zur Ökonomie – Von der denkerischen Wirklichkeitsfindung in der Ökonomie

Helmut Woll, Metropolis, 2019, 19,80 €
 m neuen Buch von Helmut Woll, Professor für Wirtschaftspädagogik, geht es nicht um Machbarkeit ökonomischer Entwürfe oder (macht)politisch relevant gewordene Theorien dieser Wissensdisziplin, sondern um ein denkerisches Herantasten an die ökonomische Wirklichkeit aus verschiedensten, neuen Blickwinkeln. Nicht umsonst spricht man in jüngster Zeit oft von den „blinden Flecken der Ökonomie“ als Wissenschaft... Der Autor hat sich solcher Denker angenommen und mit Bedacht ausgewählt,

die sich von fruchtbaren Fragestellungen leiten lassen und die gegebenen Denkmuster verlassen haben. Diese Sozialwissenschaftler ziehen ihn förmlich an: H. Ch. Binswanger, I. Illich, G. Heinsohn, E. F. Schumacher, L. Kohrs, Chr. Felber, K. Marcal, N. Taleb, K.H. Brodbeck, R. Henrich, H. Hardensett, J. Vogl, A. Peters, R. Goldscheid, R. Steiner, M. Beleites, N. Paech. Der Autor urteilt nicht, sondern charakterisiert die Vorgehensweise der portraitierten Denker, prüft und gibt dem Leser die Chance eigener Beurteilung. Eine Kluft zwischen lesendem Fachpublikum und allgemeinbildendem Interesse richtet er nicht auf. krü



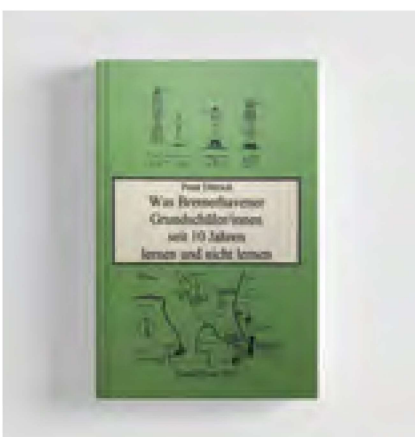
Was Covid-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat

Rob Wallace, Papyrossa Verlag, 2020, 22,00 €

Der Autor ist ein US-amerikanischer Epidemiologe und Evolutionsbiologe, der in diesem Buch eine radikale Kritik an der heutigen Virologie und Epidemiologie unternimmt. Er wirft diesen ein verengtes Verständnis gefährlicher Infektionserkrankungen wie SARS, MERS, Ebola, Dengue und Covid-19 vor, das wissenschaftliche Forschungen primär auf Übertragungswege und Impfschutz ausrichtet und damit die Interessen von Pharmaindustrie und Agrobusiness gleichermaßen schützt. Rob Wallace dagegen vertritt einen ökosystemischen Ansatz, der die Evolution dieser Viren als Koevolution mit dem Menschen unter den Bedingungen der kapitalistischen Umgestaltung natürlicher Lebensräume begreift: Durch den zunehmenden Druck auf die Biotope der wild lebenden Wirtstiere durch Waldrodungen und die Plantagenwirtschaft internationaler

Agrarkonzerne werden diese Tiere als Kulturfolger in die Lebensräume des Menschen verdrängt. Dadurch erhöht sich die Gefahr von Tier-Mensch-Übertragungen, „spillover“ genannt. Auch in der industriellen Massentierhaltung, gerade der Geflügelzucht, erfolgt eine systematische Heranzüchtung für den Menschen gefährlicher Viren und Bakterien, die allen Methoden, sie durch den Einsatz von Antibiotika oder Impfungen zu bekämpfen, durch immer neue Mutationen ausweichen. Diese Viren können durch den in Stallhaltung erleichterten Wechsel auf andere Wirte besonders aggressive und tödliche Mutationen entwickeln, die sich in ihren ursprünglichen, natürlichen Lebensräumen so nicht durchsetzen könnten.

Das Buch ist trotz des wissenschaftlichen Themas verständlich lesbar. Es zeigt nachvollziehbar auf, dass Covid-19 nicht wie ein Meteorit vom Himmel gefallen ist, sondern ein Produkt der durch die kapitalistische Wirtschaftsweise erzeugten globalen ökologischen Krise ist. rei



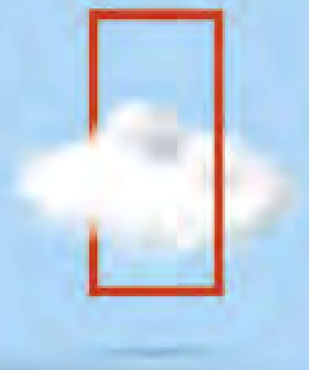
Was Bremerhavener Grundschüler/innen seit 10 Jahren lernen und nicht lernen

Dr. Peter Dittrich, 2021, GEW-Kollege, Bremerhaven, Exemplare bei ihm/Redaktion anfordern

Es geht um das Heimatkunde-Buch „Bremerhaven, meine Welt“ aus dem Temmen-Verlag, seit 2010 in den Schulen. Kollege Peter hat es einer grundlegenden Kritik unterzogen, sich sehr viel Mühe im Detail gemacht, und den Autoren sehr viele Fehler und Auslassungen nachgewiesen. Beispi-

le: Der Radarturm, ein Wahrzeichen, kommt nicht vor. Die Stadtgeschichte endet 1947!? So vergaß man glatt die Amerikaner, die von 1945-93 präsent waren. Die Gründung Geestemündes wird falsch berichtet, in den Zeittafeln fehlen viele Ereignisse... Das Buch ist akribisch recherchiert, 86 Mängel am damals vom LFI in Auftrag gegebenem Werk werden aufgelistet und wir empfehlen es allen an der korrekt geschilderten Geschichte Bremerhavens Interessierten, nicht nur Lehrkräften im Sachunterricht.

Ich hab da keine Aktien drin



Von Wilfried Meyer

Abstieg

Werder und unsere Senatorin abgestiegen. Fans, was war los am Stadion? Polizeigetwitter: „Dort hatten sich nach Angaben der Polizei mehrere Hundert Menschen versammelt. Sie wurden mit Lautsprecherdurchsagen weggeschickt und aufgefordert, sich an die Coronaregeln zu halten. „Wer sich weigert zu gehen und die Hygieneregeln nicht einhält, wird von uns herausgeführt & erhält eine Anzeige“. Beamte nahmen Personalien von Demonstranten auf, einzelne Menschen wurden weggetragen.“ Noch mal Polizeitwitter „...da steht eine schunkelnde Personengruppe mit Gitarren, Trommeln & anderen Musikinstrumenten. Was fehlt: Mund-Nase-Bedeckung & Abstand. Was nicht fehlt: Der Wille unseres Einsatzleiters, das schnell zu beenden. (abgebildete Musiknoten-„Time to say goodbye“ #b2205/ Mai 22, 2021)“

Humorig durchgegriffen

Wir haken nach. Warum die Härte und Ironie? Fake. War zwar alles gegen die Coronaregeln, aber bei Werder schreitet keiner ein. Da steckt sich keiner an ohne Maske, ohne Abstand und mit Trommeln, Pfeifen und Nebelkerzen. Da hat die Polizei Verständnis, und Butenunbinnen und NDR-Extra. Es war Berliner Getwitter, haben wir verwechselt, dort herrschen ganz andere Regeln. Es ging ja gegen Versammlungen von Kritikern, da wird durchgegriffen. Wir dachten, die Regeln gelten überall? Sorry.

Bald sind Wahlen- hier was mit Zahlen 2017 bei einem Beratungsgespräch mit der Bank ging es um den Hauskredit von



Fünfhunderttausend Euro. Ich erinnere mich an jedes Detail. Gleichzeitig trifft sich Olaf Scholz mit dem Chef der Warburgbank, es geht um Neunzig Millionen, viel Geld für HH. Er kann sich an nichts erinnern! Er war HartzIV-Befürworter als Arbeitsminister, er verspricht viel im Wahlkampf. Wetten, dass er sich im Oktober nicht mehr erinnert! Jetzt mal ehrlich, den kann man doch nicht wählen, da stimmt doch was nicht bei den Lücken zwischen den Ohren!

Achtung: Sprache

Ver(w)irrung macht sich etwas breit, was kann der Duden, was kannst du denn? Neulich war das Ampelfrauchen grün, ich schnell rüber. Oder war's der Ampelmensch. Der Döner mit Alles, oder die Dönerin mit Allem. Schlecht gewürzt, gib mir mal die Salzstreuerin, aber nur wenn ich eine Gästin zu Besuch habe. Dann kam meine Enkelin und wollte „Schwarzer Peter“ spielen. Peinlich. i „Nicht so laut, darf man das überhaupt noch sagen?“ Naja, es gibt noch Schwarzes Schaf als Kartenspiel, eher grau das Schaf. Ich war total verunsichert, wollte die Klatsche von der Kita vermeiden. Hab

nachgesehen: Erfunden hat es ein Dieb im achtzehnten Jahrhundert, der saß im Gefängnis und hieß „der schwarze Peter“, weil er lange schwarze Haare hatte. Ich wollte noch Peter Weiß vorschlagen, aber wer weiß den schon.

Edeka-Zisch

In Bremen gibt es ja ZISCH vom WK, sponsored bei AOK. In Schleswig-Holstein sind sie weiter, es heißt auch ZISCH, aber man hat mit Edeka schon eine lernkompetente, „marktkonforme“ (das Merkel) Mitsreiterin, die Deutsch fördern tut. Die haben „Mitarbeiter“, also keine Frauen und unterstützen, „...dass mehr als 8000 Schüler...drei Monate lang Tageszeitung lesen“. Schüler! Die Schülerinnen brauchen das Lesen und Schreiben doch gar nicht, die können später vielleicht bei Edeka (Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler!) anfangen, wenn sie Händlerinnen einstellen, die nicht lesen und schreiben können. Nachtrag Frischluft 2020: Kommt ein Mann zum Arzt, gespickt mit Tannennadeln. Er war Nadelwaldbaden. ■

GEW-Termine



Vertrauensleute

Mittwoch, 14. Juli · 17 Uhr, DGB-Haus Bremen

Die GEW diskutiert

Mittwoch, 14. Juli · 17-18.30 Uhr

Online-Vorbereitung auf die Tarifverhandlungen TV-L;
Was fordern wir? Was wollen wir durchsetzen? Moderator:
Andreas Rabenstein, Stadtverbandsvorstandssprecher

FG Inklusion

Freitag, 16. Juli · 19 Uhr, Café Sand

Arbeitskreis Erwerbslose

Montag, 06. September · 15-17 Uhr, Online-Meeting

Fussball-Gruppe

Die Fussball-EM ist gelaufen. Kolleginnen und Kollegen, die Lust haben, selbst zu spielen, treffen sich immer **dienstags um 16 Uhr** in der Halle der GSW/Gröpelingen zum Kicken. Alter, Fähigkeiten und Kommerz spielen keine Rolle. Mit geselliger dritter Halbzeit. Alle sind herzlich eingeladen!

Journalistisches Schreiben

Online-Schreibwerkstatt:

Grundlagenkurs mit Theorie & Übungen

In dem Kurs erarbeiten die Teilnehmer:innen die Grundlagen des journalistischen Schreibens und lernen verschiedene Darstellungsformen kennen: Meldung, Nachricht, Bericht, Reportage, Interview, Porträt oder Glosse. Typische Beispiele werden besprochen und mit Hilfe praktischer Tipps geübt. Die Schreibwerkstatt erklärt und motiviert, um fortan stilsicher Texte zu formulieren, die nicht überlesen werden, sondern informieren und mitreißen.

Die Idee entstand in der BLZ-Redaktion, um zwei Dinge zu erfüllen: Professionalisierung derjenigen, die bereits schreiben, und Aktivierung derjenigen, die meinen, nicht schreiben zu können. Die Zielgruppe sind daher Einsteiger:innen und Schreiberfahrene. In jedem Fall Menschen, die journalistische Texte schreiben (möchten).

11. Oktober, 4. und 25. November 2021

jeweils von 9 bis 12 Uhr; Leitung: Anke Fischer, Schreibcoach; kostenlos für GEW-Mitglieder

Impressum

Magazin der GEW Bremen

Juli/August 2021
70. (82.) Jahrgang

Herausgeber

Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofspatz 22-28
28195 Bremen

Tel. 0421 337 64-0
Fax 0421 337 64 30
blz@gew-hb.de

www.gew-bremen.de
www.gew-bremerhaven.de

Geschäftszeiten: Mo-Do 8-12.30,
13-16 Uhr und Fr 8-14 Uhr

Redaktion

Susanne Carstensen
Tel. 0152 31882209
susonne2000@gmail.com

Swantje Hüsken
Tel. 0151 10774532
huesken@posteo.de

Karsten Krüger
Geschäftsführender Redakteur
Tel. 0173 6831678
kkrueger@posteo.de

Wilfried Meyer
Tel. 0170 2953984
wilfmey@t-online.de

Werner Pfau
Tel. 0172 1609809
internationales@gew-hb.de

Korrektur
Gerhild Fiege

Verlag
Bonifatius GmbH
Druck - Buch - Verlag
Karl-Schurz-Str. 26
33100 Paderborn
Tel. 05251 153-171
verlag@bonifatius.de

Layout und Gestaltung
das grafik.buero
Kai Becker
Tel. 0173 7458834
www.dasgrafikbuero.net

Anzeigen
Anzeigenpreisliste
Karsten Krüger
Tel. 0173 6831678

Anzeigenschluss

Heft 5 am 20.09.2021

Der Bezugspreis der Bremer Lehrerzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,-€ zuzüglich Zustellgebühr inkl. MwSt.

Die Redaktion arbeitet laut Satzung eigenverantwortlich. Die mit dem Namen der Verfasser:innen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der GEW-Gremien oder der Redaktion wieder.

Nachdruck - auch auszugsweise - nur nach Information der Redaktion



www.blauer-engel.de/uz195

- ressourcenschonend und umweltfreundlich hergestellt
- emissionsarm gedruckt
- überwiegend aus Altpapier

RG4

Papier: Circle Volume, 100%,
Recyclingpapier

Auflage: 5500 Exemplare

Seminare

i Die geplanten Seminare (siehe unten, Stand: 5.7.21) finden hoffentlich statt. Aktuelle Informationen dazu unter www.gew-hb.de

Neu in der GEW Bremen

Lust, gemeinsam etwas zu bewegen? Diskussionen und Aktionen für gerechtere Bildung anzustoßen und gemeinsam spannende Projekte voranzutreiben, ist unser Mittel gegen Vereinzelung und Frust. An diesem Nachmittag stellt sich die GEW Bremen vor: Wie tickt die GEW? Wo bietet sich ein Einstieg? Wer sind die Ansprechpersonen? Welche aktuellen Themen und Diskussionen gibt's bei der GEW? Eine Veranstaltung in lockerer Atmosphäre, für leckere Snacks und Getränke ist gesorgt.

Dienstag, 21. September, 17 – 19.30 Uhr

Bremen, DGB-Haus,
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenlos für Neumitglieder inkl.
Verpflegung (GEW-Mitglieder: 10 €)

Seminar für Pädagogische Mitarbeiter*innen Bremerhaven

Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Pädagogische Mitarbeiter*innen an Schulen? Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit / zu den Lehrer:innen aus? Welche Unterstützung brauchen wir? Wie können wir uns besser vernetzen? Thema sind aktuelle Probleme und Konflikte am Arbeitsplatz, u.a.: Was darf ich – was muss ich? Mehrarbeit – was muss mir der Arbeitgeber zahlen / ausgleichen?

Krank in den Ferien – was steht mir zu, was kann ich machen?

Bildungsurlaub in Kooperation mit Arbeit und Leben Bremen e.V./Bremerhaven e.V.

Montag, 27. September, 9 – 16 Uhr

Bremerhaven, LFI, Friedrich-Ebert-Str. 33
Leitung: Ima Drolshagen, Mitglieder des PR-Schulen BHV
Kostenlos für GEW-Mitglieder inklusive Verpflegung (Nicht-Mitglieder: 15 €)

Konferenzrechte

Fortbildung für Kolleg*innen in Bremen: Was ist möglich, um Einfluss zu nehmen? Konferenzen sind ein wichtiges Gremium zur Gestaltung des Schullebens. Nur wer Rechte kennt, kann sie auch wahrnehmen. Das Seminar Konferenzrechte bietet eine Einführung in die individuellen, kollegialen und institutionellen Rechte. Themen, u.a.: Rechtliche Grundlagen auf Basis des Bremer Schulverwaltungsgesetzes, Möglichkeiten und Grenzen von Gesamt- und Schulkonferenz. Wer ist stimmberechtigt? Welche Entscheidungsbereiche umfasst die Konferenz?

Dienstag, 28. September, 9 – 16 Uhr

Bremen | DGB-Haus Bremen | Tivoli-Saal
Leitung: Frank Zylinski
Kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 15 €)

Fachtag für Pädagogische Mitarbeiter*innen

Eine Fortbildung für Erzieher:innen an Schule: Die GEW bietet einen Fachtag an. Nach dem Impulsreferat von Dr. Anne Breuer (Lehrer-Erzieher Teams an ganztägigen Schulen) finden Workshops statt: Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall B. Rosenberg – Petra Pfitzner; Was darf ich? Was muss ich? – Hajo Kuckero und Mitglieder des PR Schulen; Teamgespräche unter die Lupe genommen – Dr. Anne Breuer; Erzieher*innen an Schule - wir machen den Unterschied! – Ima Drolshagen

Mittwoch, 29. September, 9 – 16 Uhr

Preis-rät-sel, das

Liebe Leser:innen, im Rahmen des aktuellen Beschäftigungsprogramms der Redaktion sind wir stets auf der Suche nach schmissigen Möglichkeiten, Menschen für die Dinge des Lebens zu gewinnen, die besonderen Charakter haben. Sei es durch gelungene Recherche, satirische Beiträge oder inhaltliche Aufräumaktivitäten in unterschiedlichen Themenfeldern. Ein Teil ist immer auch trivial und dadurch nicht weniger wichtig: Das gute, alte Preisrätsel. Es ist ein bisschen her, dass ihr als Leser:innen beauftragt wurdet, euch in Mission begebend, sich unseren Aufgaben zu stellen. Das hört jetzt auf.

Frage: Warum gab es in den Jahren 2017 bis 2021 ausgerechnet 84 Delegierte für den Bremischen Gewerkschaftstag?

Antwort: per Mail an blz@gew-hb.de

Preise: Die ersten drei richtigen Mails werden mit einer **Flasche GEW-Sekt** (alternative Getränkeideen auf Wunsch) belohnt.

Viel Spaß wünscht die Redaktion. Der Erkenntnisgewinn wird in Heft 5 geteilt. Dazu gibt es natürlich wieder eine neue Rät-sel-chan-ce, die.

Wir wünschen Euch deltaxfreie Ferien, genießt den Sommer und denkt nicht so oft an die Schule.

Eure Redaktion